

Ute Schäfer (SPD): Ich komme auf die eigentliche Anfrage zurück. Sie haben mehrfach betont, Sie würden viele Konzepte in Ihrem Haus prüfen lassen, wie man die Klassengröße verringern kann.

Hat denn Ihr Pressesprecher diese Prüfung schon abgeschlossen? Denn er sagt in der Zeitung ganz klar, man werde die Klassen in naher Zukunft kontinuierlich verkleinern – pro Jahr um ein Kind.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Schäfer, ich habe eben schon gesagt, dass das ein Konzept ist. Wir haben sicherlich die Prüfung noch nicht abgeschlossen. Denn sonst könnte ich Ihnen Neues dazu sagen. Ich habe Herrn Link, den Fragesteller, eben um Verständnis gebeten, dass wir mitten in der Konzeptionsentwicklung sind und diese einzelnen Konzepte vor einem bestimmten Hintergrund prüfen werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Zusatzfragen mehr vor. Damit schließe ich diese Frage und bedanke mich bei Frau Ministerin Sommer für die Beantwortung.

Ich rufe auf die

Mündliche Anfrage 273

der Frau Abgeordneten Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wenn Du nicht mehr weiter weißt (und ein totes Pferd reitest) ... dann gründest Du den „Beirat der Qualitätsoffensive Hauptschule“

Diese wird in der nächsten Fragestunde beantwortet.

Meine Damen und Herren, wir treten wieder in die Beratung des Haushaltes ein. Ich rufe also auf:

2 Fortsetzung der Haushaltsberatungen

Hier geht es weiter mit dem

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Er umfasst die Teilbereiche Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten, Kultur und Medien.

Ich eröffne die Beratungen und weise darauf hin, dass es hierzu eine Beschlussempfehlung und ei-

nen Bericht Drucksache 14/8002 gibt. Weiterhin gibt es Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir kommen nun zum

Teilbereich Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten

Ich eröffne hierzu die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Bereichen etwas sagen. Erstens möchte ich etwas zu einigen Haushaltsansätzen ausführen und zweitens einige europapolitische Schwerpunkte aus unserer Sicht nennen.

Zum ersten Bereich: Ich denke schon, dass die Landesregierung gut beraten ist, zu prüfen, ob vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Haushalts- und Finanzentwicklung noch vertreten werden kann, bei der Amtsführung des Ministerpräsidenten solche Positionen zu haben, wie wir sie im Haushaltsentwurf vorfinden.

Zum Beispiel sind für wissenschaftliche Beratung und Zukunftskommission 2,25 Millionen € vorgesehen. Wir haben ein hohes Interesse zu erfahren, was diese Zukunftskommission, von der man hin und wieder in Schlagzeilen etwas hören kann, eigentlich macht. Welchen Stellenwert hat die Petersberger Convention mit einem vorgelagerten Galadiner in diesem Zusammenhang? Ob das in diese Zeit passt und was das für das Land Nordrhein-Westfalen und für die Menschen bringt – auf diese drängende Frage benötigen wir dringend eine Antwort.

Wir haben eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt, die deutlich machen, was wir von diesen Titelansätzen halten. Die Grünen haben das ähnlich getan. Wir haben im Augenblick keine große Hoffnung, dass Sie diesen Änderungsanträgen zustimmen werden, aber wir lassen uns überraschen.

Zum zweiten Bereich: Bei der Europapolitik, Herr Minister Krautscheid, möchte ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Summe für die Europa-Union und für die Europäische Bewegung bedanken. Ich finde, dass das ein gutes Signal für eine überparteiliche Organisation ist, die in diesem Bereich gute und notwendige Arbeit gerade im Jahr 2009 leistet.

Bei den europapolitischen Ansätzen gibt es eine Verschiebung zugunsten von Benelux. Dagegen ist von der Sache her nichts einzuwenden. Ob auszuhalten ist, dass im Gegenzug Ansätze für die restliche Auslandsarbeit verloren gehen, muss sicherlich noch geklärt werden.

Ein dritter Aspekt, der einen sehr ernsthaften Hintergrund hat, ist der Komplex von Maßnahmen der politischen Bildung, der bei uns beraten worden ist, insbesondere zum Bereich der Gedenkstätten. Meine Damen und Herren, wir tun gut daran, gerade am Tag nach dem Gedenktage und nach der beeindruckenden Veranstaltung des Bundestages darüber nachzudenken, ob wir eigentlich Ausreichendes tun und ob wir nicht etwas an Erbe und Verantwortung in Bezug auf die Gedenkstätten aufgeben, das ein Bestandteil politischer Bildung in der Vergangenheit war und zukünftig sein wird. Vielleicht bedauern wir einmal, dass wir das getan haben.

Wir brauchen zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von etwa 180.000 €, um auf 300.000 € für eine dringende museologische Überarbeitung der Ausstellung zu kommen und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und nordrhein-westfälischen Gedenkstätten auf den Weg zu bringen.

Meine ganz herzliche Bitte an die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, die Verantwortung in diesem Bereich tragen, lautet: Lassen Sie uns die Zeit zwischen zweiter und dritter Lesung nutzen, um zu prüfen, ob wir nicht durch gemeinsame Kraftanstrengungen zu diesem Betrag kommen. Ich glaube, das wäre des Schweißes der Edlen wert.

Nun zur zweiten Abteilung, Europapolitik. Wir meinen, dass unter den denkbaren Schwerpunkten, die man sich dort vorstellen kann, vier an herausragender Stelle genannt werden müssen.

Erstens, die Europafähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen, sprich: die Europafähigkeit der Landesregierung, des Landtags, aber auch der Kommunen, die dort mit einbezogen werden müssen. Wir haben ja in der Bundesrepublik Deutschland ein Mehrebenensystem politischer Verantwortung, was nicht so ganz einfach ist. Wir haben es gewollt, auch mit der Föderalismusreform I noch einmal dafür gesorgt, dass die Länder in den Bereichen Bildung, Medien und Kultur besondere Zuständigkeiten haben. Allerdings müssen wir natürlich verhindern, dass wir in Brüssel und Straßburg als diejenigen angesehen werden, die in diesen Bereichen nicht mit einem Mann oder einer Frau, sondern mit 16 auftreten. Das muss gebündelt werden.

Ich kann hier aus Zeitgründen nicht alle die Dinge nennen, die notwendig sind, aber ich will einen Aspekt herausgreifen: Wir meinen schon, dass wir ein besonderes Konsultationsrecht der Kommunen – wahrgenommen über die kommunalen Spitzenverbände oder wie auch immer – brauchen, wenn wir den Anspruch „Stärkung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts“ ernst nehmen.

Darüber hinaus – das wird hoffentlich in den Sitzungen des Hauptausschusses in den nächsten Wochen auf der Tagesordnung stehen – müssen wir endlich bei den Rechten des Parlamentes im Zusammenhang mit Europapolitik und Europagestal-

tung weiterkommen, sprich konkret: Parlaments- und Informationsrechte, das, was wir als Diskussionsgrundlage für eine Änderung der Art. 45 a und b der Landesverfassung vorgelegt haben. Das muss nicht im Wortlaut so sein, wie wir es vorgeschlagen haben; es gibt auch andere Regelungen. Wir brauchen aber dringend eine Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag als einen wichtigen Bestandteil der Europafähigkeit.

Zweitens, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Hier klares Signal: Ja, wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen, Herr Minister Krautscheid, und anderen Kolleginnen und Kollegen auf der Basis des jetzt mit der Neufassung des Beneluxstaatsvertrags Erreichten zu arbeiten. Da brauchen wir kein Wort mehr über die Vergangenheit zu verlieren, die ja etwas verschlungen gewesen ist – das würden Sie ja wahrscheinlich ehrlicher Weise auch einräumen –, sondern wir konzentrieren uns auf diesen Punkt.

Wir glauben allerdings, dass wir neben dem, was sozusagen zu dem Traditionellen, zu dem Handwerklichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gehört, dringend darauf angewiesen sind, einen Durchbruch zu erzielen, ein Symbol zu haben, was verwirklicht werden kann.

Bei dem Besuch der Zweiten Kammer in Den Haag vor wenigen Tagen mit einer Delegation des Hauptausschusses ist von den Kolleginnen und Kollegen aus den Niederlanden klar gesagt worden, dass dies für sie eindeutig der Eiserne Rhein sei; das ist der Eiserne Rhein mit einer- in Richtung der Verkehrspolitik unter uns gedacht – jahrzehntelangen Vorgeschichte. Mein Gefühl bei dem Besuch in den Niederlanden war – ich glaube aber nicht, dass das nur mein Gefühl war –, wir sind von einer Lösung weiter entfernt, als wir vor wenigen Monaten noch dachten.

(Christof Rasche [FDP] schüttelt den Kopf.)

– Herr Kollege, wenn es anders sein sollte, würden wir uns darüber freuen. Aber wir müssen an dieser Stelle weiterkommen.

Drittens. Ja, auch wir als Land Nordrhein-Westfalen, als ein Bundesland sind gehalten, darüber nachzudenken, welchen Beitrag wir zur Gestaltung eines sozialen Europas leisten können. Wir können die Menschen auf dem Weg nach Europa nur mitnehmen, wenn wir ihnen klarmachen: Es kommt immer nur Schlechtes aus Brüssel, da geht es nicht nur um Richtlinien, um Kleinteiliges, sondern es geht ganz konkret darum, wie euer Leben gestaltet wird, wie euer Leben besser wird, also Stichwort Daseinsvorsorge, eine Änderung des Prinzips „Privat vor Staat“, wie es von einigen wahrgenommen wird. Wir wollen keine Umkehrung, aber wir wollen, dass die Kommunen einen gewichtigen Part auf dem Feld der Daseinsvorsorge spielen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Viertens. Ein Bereich, über den wir als Parlament – jedenfalls in dieser Legislaturperiode – erst anfangen müssen zu diskutieren, ist die zukünftige Kohäsionspolitik. Die jetzige Förderperiode läuft noch bis 2014, sodass viele denken könnten, 2014 wäre noch weit weg. Im europäischen Maßstab ist das leider keine sehr lange Zeit. Wir müssen darüber nachdenken, welches Interesse wir als Land Nordrhein-Westfalen an einer Fortsetzung der Kohäsionspolitik haben und wie diese Kohäsionspolitik aussehen soll.

Hier empfiehlt sich manchmal ein Blick in die Geschichte. Insofern möchte ich Jacques Delors zitieren, der 1989 ausgeführt hat:

Die Kräfte des Marktes sind sehr mächtig. Wenn wir die Dinge dem Selbstlauf überließen, würde sich die Industrie im Norden konzentrieren und die Freizeitbranche im Süden. Aber die Kräfte des Marktes, so mächtig sie auch sein mögen, weisen nicht immer in die gleiche Richtung. Durch bürgerschaftliches Engagement und politisches Handeln wollen wir für territoriale Ausgewogenheit sorgen.

Das war damals weitsichtig und gilt heute immer noch, insbesondere wenn wir daran denken, dass wir im Lissaboner Reformvertrag ein neues politisches Ziel der Europäischen Union eingeführt haben, nämlich den territorialen Zusammenhalt, der weitaus stärker als in der Vergangenheit darauf abstellt, dass für die EU-Bürgerinnen und -Bürger gleiche Chancen auf Lebensqualität gelten sollen, insbesondere auf den Sektoren Infrastruktur, Bildung und grundlegende Dienstleistungen.

Meine Damen und Herren, insbesondere an die Landesregierung gerichtet – das ist natürlich eine Aufgabe, die von Frau Thoben wahrzunehmen wäre –: Was müssen wir als unseren Standpunkt in dieser Frage definieren, um dort mithalten zu können, und zwar gegenüber der Bundesregierung und natürlich gegenüber dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission insgesamt?

Wir würden uns freuen, wenn wir über die Diskussion von einzelnen Positionen des Haushalts hinaus in den kommenden Monaten, möglicherweise auch in der Zuspitzung zu den Europaparlamentswahlen, eine Diskussion über diese Schwerpunkte führen könnten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollege! Insgesamt steigen die Gesamtausgaben des Einzelplans 02 von rund

287 Millionen € um mehr als 15 Millionen € auf fast 303 Millionen €. Das liegt im Wesentlichen an unserer Kulturförderung, die wir auch im Jahre 2009 ganz entschlossen anpacken. Dazu wird aber gleich der Kollege noch etwas sagen.

Die Ausgaben im Kapitel des Ministerpräsidenten, in Kapitel 02 010, steigen um 4 % auf rund 38,9 Millionen €, die Ausgaben in Kapitel 02 030 – Europa- und internationale Angelegenheiten – um etwa 1,2 % auf 3.533.000 €.

Zudem wird das Personalkarussell, also das Personalsoll, des gesamten Einzelplans um 34 Stellen auf 623 Stellen reduziert. Die Verwaltung wird, so wie wir das auch beschlossen haben, verschlankt.

Wir wollen, dass der Ministerpräsident in Zukunft die entsprechenden Voraussetzungen hat, um dieses Land adäquat zu vertreten. Die SPD hatte bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss merkwürdigerweise massive Kürzungen bei den Ansätzen für wissenschaftliche Beratung und die Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen gefordert. Die darin enthaltenen Mittel für die Veröffentlichungen, Herr Kuschke, wollte man sogar komplett streichen.

Das können wir natürlich nicht so sehen und stimmen dem auch nicht zu. Für uns ist es ganz wichtig, dass entsprechende Mittel gerade auch für eine wissenschaftliche Begleitung und Koordinierung bei der Umsetzung der Föderalismusreform I vorhanden sind.

Wir wollen durch ausreichende Beratung und durch sachverständige Institute unser Wissen auch noch vertiefen. In diesen bewegten Zeiten, Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir alle einen Kompass, um den richtigen Weg für die Zukunft zu finden. Deshalb begrüßen wir es auch, dass unser Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers eine breite, wissenschaftlich fundierte und öffentlich geführte Diskussion über die Zukunft des Landes fördert.

Ausdruck dieser Diskussion ist die Arbeit der Zukunftskommission NRW. Diese ist mit hervorragenden Persönlichkeiten aus allen Bereichen des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens besetzt und wird mit den Mitteln finanziert, die Sie, Herr Kuschke, und die Kollegen von der Opposition zusammenstreichen wollten. Wir sind aber nicht böse und wollen das hier auch gar nicht zu sehr politisch interpretieren, sondern wir wollen ganz gezielt unseren Weg in die Zukunft gehen. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger soll dies gestaltet werden.

Gleiches gilt hinsichtlich der Mittel für die Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung, Kapitel 02 010, Titel 541 10. Hier sind unverändert 1,5 Millionen € angesetzt. Auch das halten wir durchaus für maßvoll. Die Auslandsreisen tragen dazu bei, dass wir neue Arbeitsplätze für die Zukunft generieren und dass wir unsere Beziehungen international festigen. Das ist sehr wichtig.

Deshalb brauchen wir auch diesen Titel Europa- und internationale Angelegenheiten.

Die Vertiefung der Partnerschaft mit den Beneluxstaaten – Herr Kuschke, Sie haben gesagt, die Kritik sollten wir vergessen – ist uns wichtig. Wir wollen in Zukunft zusammenarbeiten. Sie sehen auch, dass es richtig ist, dass wir mit unserem Ministerpräsident diesen Weg beschreiten und uns als Region für die Zukunft formieren, als große Region, die natürlich durch die Zusammenarbeit – auch in Brüssel – nur gewinnen kann, wenn wir hier mit einer Stimme sprechen, ganz abgesehen vom wirtschaftlichen Austausch, vom kulturellen Austausch und, was noch viel wichtiger ist, vom Miteinander der Menschen.

Sie haben eben erwähnt, dass wir in Den Haag waren, und Sie haben gesehen, dass unser Besuch dort in der Zweiten Kammer sehr gut angenommen wurde und dass man sehr gerne auch in diesem Jahr zu uns ins Parlament kommt.

Wir konnten auch sehen, wie in den Niederlanden im Parlament gearbeitet wird. Das ist doch etwas anders, als es bei uns der Fall ist. Das war für uns alle sehr interessant.

Deshalb haben wir mit der Erhöhung der Mittel für die Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Benelux-Raum einen Schwerpunkt gesetzt.

Zudem veranschlagen wir 50.000 € für Europadiologe und Fachkonferenzen. Das ist genauso richtig wie die 102.000 € mehr für die Europawahl, die in diesem Jahr am 7. Juni ansteht. Dies ist unter anderem auch im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon von Bedeutung, dass wir in der breiten Öffentlichkeit deutlich machen, welche Aufgabenstellungen von Brüssel ausgehen.

Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr nach dem negativen irischen Referendum wieder zu einem neuen Ansatz kommen und dass die Iren im zweiten Anlauf doch noch dem Vertrag zustimmen werden.

Wir sehen außerdem für die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel 4 Millionen € vor. Dort sind wir ganz neu aufgestellt. Dank unseres Ministers haben wir eine richtige Location gefunden, die uns für die Zukunft stärkt. Hier können Veranstaltungen jeglicher Art stattfinden, die für das Land Nordrhein-Westfalen sehr wichtig sind. Hier wird eine sehr wichtige Lobbyarbeit für das Land gemacht. Mit dem dortigen Leiter und den Mitarbeitern ist die Arbeit auch durchlässiger geworden. Wir hatten immer eingefordert, regelmäßige Berichte über die dort stattfindende Arbeit zu bekommen. Das ist jetzt passiert. Wir sind sehr zufrieden.

Daneben gibt es noch den Schwerpunkt der Organisation des Jugendprogramms mit Israel. Das ist natürlich ein Anliegen. Wir haben gestern den von Roman Herzog als Gedenktag ausgerufenen 27.

Januar begangen. Die Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis nehmen diesen Gedenktag regelmäßig wahr, um an dieses Geschehen zu erinnern und es sowohl allen Bürgerinnen und Bürgern als vor allem auch den jungen Mensch deutlich zu machen, die 60 Jahre nach dem Krieg kaum noch einen Bezug zu diesen schrecklichen Ereignissen haben. Damit wollen wir noch einmal darauf hinweisen, was das bedeutet.

Wir rufen uns ins Gedächtnis, welche Bürgerinnen und Bürger damals in unseren Städten und Gemeinden gelebt haben und was mit ihnen passiert ist, wo sie geblieben sind. Es gibt noch einige wenige Zeitzeugen, die wir immer dazu einladen.

Das Amerika-Haus in Köln erhält einen Zuschuss von 200.000 €. Auch das halte ich für einen guten Ansatz. Wir legen größten Wert darauf, dass wir mit den USA im Gespräch bleiben und das

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

im Land Nordrhein-Westfalen auch deutlich machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass wir weiterhin so konstruktiv auf diesen Feldern zusammenarbeiten wie bisher. An uns soll es nicht liegen. Wir sind gerne jederzeit auch zu gemeinsamen Anträgen bereit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin von Boeselager. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Brockes. Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben die wirtschaftliche Lage heute Morgen schon einmal angesprochen. Wenn wir heute über den Haushalt reden, sollte man unter dem Punkt Europa einmal herausheben, welche wichtige Rolle gerade die Europäische Union in der derzeit schwierigen Wirtschaftslage spielt.

Wir können sehr froh sein, dass wir heute über eine gemeinsame Währungsunion verfügen. Denn ansonsten hätten die derzeitige Lage und gerade die Kapriolen an den Finanzmärkten eine ganz andere Dimension erreicht. In der Vergangenheit haben wir oft genug den Euro schlechtgeredet und ihn teilweise als Teuro bezeichnet. Jetzt können wir alle wirklich sehr froh sein, dass wir eine gemeinsame Währung haben.

Ebenso glaube ich, dass die Europäische Union auch in dieser Krise Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit gezeigt hat. Mit dem EU-Konjunkturprogramm hat man wichtige Impulse gegeben und sehr zügig reagiert, sodass wir gemeinsam ganz gut aufgestellt sind, auch diese schwierige Situation zu meistern.

Uns gefällt daran nicht – um das auch deutlich zu sagen –, dass die lokale und die regionale Ebene beim EU-Konjunkturprogramm bisher nicht ausreichend einbezogen wurden, sondern dass die Union dies in der Hauptsache mit den nationalen Regierungen ausgehandelt hat. Das ist meines Erachtens insbesondere deshalb nicht gut, weil gerade die Abwicklung der Programme über die lokalen und regionalen Ebenen laufen wird.

Insofern bin ich froh, dass ich im Rahmen meiner Tätigkeit im Ausschuss der Regionen jetzt eine Initiativstellungnahme abgeben darf, die gerade die Bedeutung des Konjunkturprogramms für die lokale und regionale Ebene verdeutlicht. Ich möchte meinen Dank auch an die Landesregierung richten, die mich intensiv und mit einem hervorragenden Experten unterstützt.

Ich glaube, wir können dies als Chance nutzen, um viele bürokratische Hürden bei der Europäischen Union, über die wir uns in der Vergangenheit zu Recht immer wieder beklagt haben, aufgrund der Sondersituation zu Fall zu bringen und somit vielleicht auch den von uns allen gewünschten Bürokratieabbau zu erreichen – nicht nur für das Programm, sondern nachhaltig auch für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2009 ist mit Sicherheit ein sehr wichtiges Jahr für Europa. Sie wissen alle, dass die Europawahl ansteht. Insofern halte ich es für absolut richtig, dass sich Landesregierung und Landesparlament aktiv für Europa engagieren und versuchen, auch innerhalb der Bevölkerung das Bewusstsein für die Europäische Union zu wecken. Denn es werden mittlerweile natürlich sehr viele Entscheidungen durch die Union vorgegeben.

Dies sollten wir verdeutlichen und dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen die Chance nutzen und an der Europawahl teilnehmen. Denn gerade eine gute Wahlbeteiligung wird dazu beitragen, dass auch das Europäische Parlament den Stellenwert erhält, den wir uns alle wünschen, und damit gestärkt in die kommende Legislaturperiode geht.

Insofern sehe ich es als absolut richtig und wichtig an, dass wir die Kommunalwahl mit der Europawahl zusammengelegt haben. Ich habe die große Hoffnung, dass dies vom Landesverfassungsgericht bestätigt wird. Denn das wäre wirklich eine Stärkung gerade der Europawahl, meine Damen und Herren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Meine Güte!)

Wir sind gut aufgestellt und haben uns insbesondere positioniert, um den Menschen Europa näher zu bringen. Wir fangen gerade in den Schulen an. Dort sind wir mit mittlerweile 59 Europaschulen im Land schon sehr weit gekommen. Weitere haben ihre Teilnahme schon angekündigt und ihre Bewerbungen eingereicht. Ich glaube, dies ist ein wichtiger und richtiger Weg, um möglichst frühzeitig – bereits bei den Kindern und Jugendlichen in den Schulen –

das Engagement für Europa zu wecken und auf den Weg zu bringen.

Als letzten Punkt, meine Damen und Herren, möchte ich auf die von Herrn Kuschke schon angesprochene Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten eingehen. Herr Kuschke, es ist gerade in schwierigen Zeiten sehr wichtig, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, die unsere wichtigsten Handelspartner sind, noch zu verstärken und zu intensivieren. Dann können wir gemeinsam besser durch die Krise kommen.

Deshalb habe ich es als eine hervorragende Idee empfunden – ich will es nicht Schachzug nennen –, dass der Staatspreis Nordrhein-Westfalens an die Ministerpräsidenten der Beneluxländer vergeben wurde. Eindrucksvoller kann man nicht dokumentieren, wie eng wir mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten wollen. Das ist der richtige Weg. Lassen Sie uns so in Europa weitermachen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gerne auch mit dem Bereich Europa anfangen und ausdrücklich konstatieren, Herr Krautscheid, dass Sie eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss pflegen. Dafür möchte ich mich bedanken. Sie haben uns wie Ihr Vorgänger auch, als es etwa um die neue Location, wie Frau von Boeselager so schön sagte, ging, gut informiert und einbezogen. Deswegen haben wir das als Opposition konstruktiv begleitet. Wir hätten uns in anderen Fragen ein ähnlich präventives Vorgehen seitens der Regierung gewünscht, dann wären wir vielleicht auch dort zu anderen Lösungen gekommen.

Herr Brockes, dass Sie heute noch versuchen, den Eindruck zu erwecken – warum auch immer –, als hätte die Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahl etwas mit Europa zu tun, das finde ich albern und lächerlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie möchten, besorgen wir Ihnen noch einmal den Vermerk Ihrer beiden Generalsekretäre, in dem die Motivation dieser Zusammenlegung ausdrücklich dokumentiert und mit einem Vermerk des Hauses – also wird wohl stimmen, was darin steht – versehen ist. Wir stellen Ihnen das gerne noch einmal zur Verfügung. Dort wird ausdrücklich gesagt, man wolle keine Wahl, bei der eine hohe Wahlbeteiligung zu erwarten sei. Wem nutzt das? – Der FDP. Deswegen ist es richtig, dass das hohe Gericht das Gesetz, das wir für nicht sachgerecht halten, noch einmal überprüfen wird.

Ich sage ausdrücklich dazu – mit hohem Respekt vor der Entscheidung des Verfassungsgerichts –: Wir sind sehr gespannt auf die Verhandlungen und Beratungen, die nächste Woche beginnen. Dass Sie hier versuchen, andere Motive in den Vordergrund zu rücken, spricht für sich.

Zum Thema Europa – wir sind in einem Jahr vieler Wahlen –: Die Europawahl sollte einen originären Charakter haben, um die Bedeutung Europas besonders gut herausstellen zu können. Wir sollten mit dem werben, was die Menschen Europa zu verdanken haben. Ich möchte noch einmal deutlich machen: Auch die jüngere Generation kann die Friedensleistung, die wir Europa zu verdanken haben, nicht hoch genug halten, wenn wir uns überlegen, was unsere Väter und Großväter erleiden mussten. Das können wir uns nicht oft genug klarmachen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das müssen wir mit Leidenschaft jungen Menschen nahebringen, damit auch sie erkennen, dass dies kein selbstverständliches Gut ist, sondern immer wieder neu gelebt und erarbeitet werden muss.

Der Euro ist angesprochen worden. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Brockes: Er erweist sich gerade in diesen Krisenzeiten als ein Segen. Wir sollten froh sein, dass wir den Euro haben, weil die Krise sonst noch schwieriger zu bewältigen wäre.

Wir vermissen aber – das ist leider auch in Ihren Beiträgen zum Ausdruck gekommen – eigene Anregungen. Sie reden nach, was Ihre Regierung macht. Die Anträge, die Sie einbringen, beziehen sich immer auf etwas, was schon passiert ist, was die Staatskanzlei ausgearbeitet hat, aber es sind keine eigenen Impulse seitens der Regierungsfractionen zu erkennen; das haben wir heute Morgen schon beim Wirtschaftsetat besprochen. Das vermissen wir sehr.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Priggen hat heute Morgen zig Vorschläge zum Einsatz der jetzt vorhandenen Europamittel gemacht. Dazu haben Sie nichts gesagt, sondern sind die Antwort schuldig geblieben. Das werfen wir Ihnen vor.

Die drei Krisen – sie betreffen den Klimaschutz, den Finanzmarkt und die Ressourcenknappheit – können wir nicht nationalstaatlich und regional lösen, aber wir können uns mit Verve in die Debatte einbringen, damit die Chancen, die in Europa liegen, auch genutzt werden. Einen solch ganzheitlichen Blick auf die Dinge sehe ich bei Ihnen leider nicht. Sie wenden sich immer eher gegen die Vorschläge aus der Europäischen Union, wenn ich etwa an den Emissionshandel denke, statt für unser Land etwas herauszuholen. Da sind Sie sehr kleinteilig.

(Ralf Witzel [FDP]: Im Standortinteresse!)

Der zentrale Punkt für die Zustimmung aller Länder zu Europa ist der Bau eines sozialen Europas, in dem die Menschen bei dem weiteren Bau des europäischen Hauses mitgenommen werden.

Meine Damen und Herren, ich will zum zweiten Teil kommen, zur Rolle des Ministerpräsidenten, weil wir immerhin den Etat der Staatskanzlei beraten. Ich möchte den Ministerpräsidenten gern noch einmal zitieren:

Wir werden den Menschen Erhebliches zumuten müssen. Jeder wird sich etwas überlegen müssen, wie er mit weniger Geld, aber mit mehr Engagement und besseren Ideen auskommt.

Das hat er keineswegs in der aktuellen Krise gesagt, meine Damen und Herren, sondern im Juni 2005, kurz nach dem Regierungswechsel.

Man muss feststellen: Sie haben sich große Mühe gegeben, Wort zu halten. Bei einigen ist es Ihnen auch gelungen; das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen. Obdachlose, von Gewalt bedrohte Frauen, Studierwillige aus sozial schwachen Familien, Arbeitslose – all diese Menschen müssen sich unter Ihrer Verantwortung tatsächlich überlegen, wie sie mit weniger Geld, also auch mit weniger Beratungsstellen, etwa was die Arbeitslosen angeht, unter dem Regiment von Ministerpräsident Rüttgers auskommen.

Doch was ist im Einzelplan 02 los? – Werfen wir einen genaueren Blick auf den Etat des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei:

Bei den Personalausgaben für Beamtinnen und Beamte stehen dort über 9 Millionen €. 2005 waren es noch 7,2 Millionen €.

Der Etat für die wissenschaftliche Beratung in der Titelgruppe 60 hat sich unter der Regierung Rüttgers sogar sage und schreibe verachtzehnfacht. Sie haben richtig gehört, meine Damen und Herren. Von 122.600 € in 2005 ist der Ansatz auf inzwischen über 2,2 Millionen € angestiegen. Das ist, wie eben schon gesagt wurde, nicht weniger, sondern mehr Geld im Etat des Ministerpräsidenten.

In der logischen Fortsetzung der Ankündigung von 2005 „Weniger Geld und mehr Ideen“ gilt bei Ihnen bedauerlicherweise: nicht nur mehr Geld, sondern leider auch weniger Ideen. Wir fragen uns nämlich wirklich: Was machen all die Leute in der Staatskanzlei? Worin besteht die wissenschaftliche Beratung des Ministerpräsidenten? Und was – ich will das noch einmal sagen – ist das für eine Zukunftskommission, die Sie eingesetzt haben, die sich etwa zur Zukunft des Schulsystems überhaupt nicht äußern darf? Was soll eine Zukunftskommission denn dann tun? Das ist doch absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Ministerpräsident macht hochtrabende Vorschläge in Richtung Bund, setzt angeblich und medienwirksam die Kanzlerin unter Druck, lässt schöne Bücher über sich schreiben und bringt sich als Schattenkanzler ins Gespräch. Hier im Land erledigt er seine Hausaufgaben aber nicht. Im Gegenteil: Er macht sich zum Lobbyisten der Energiewirtschaft und versucht zu verhindern, dass das Land die Milliarden aus dem Emissionshandel bekommt, die es zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels dringend benötigen würde.

Meine Damen und Herren, wir Grüne finden, dass unser Land keinen Landespräsidenten braucht, der sich überwiegend mit Vorschlägen in die Bundespolitik einmischt, um sich persönlich in die Schlagzeilen zu bringen. Wir brauchen auch kein Landespräsidialamt, das ihn dabei unterstützt. In diesem Zusammenhang erinnere ich noch einmal an die doch etwas unschöne Diskussion um die Preisverleihung an Herrn Ackermann, zu der es nach heftiger öffentlicher Debatte dann auch nicht gekommen ist.

Meine Damen und Herren, man kann die Rolle einer Staatskanzlei und eines Ministerpräsidenten sicher verschieden definieren. Er könnte, um es einmal mit einem Bild aus dem Fußball darzustellen, mehr Spielführer und Spielmacher sein, mehr Trainer oder mehr Manager des Teams. Wahrscheinlich wäre eine Mischung von all dem am sinnvollsten. Unser Ministerpräsident ist inzwischen aber leider nichts von all dem mehr. Er ist höchstens noch der Vereinsvorsitzende, der sich in der Presse selbst darstellt, während seine Spieler sich gegenseitig beschimpfen, den Ball wegnehmen, Foul spielen und auch schon einmal auf unterschiedliche Tore schießen wie zum Beispiel Frau Sommer und Herr Pinkwart in der Bildungspolitik.

Meine Damen und Herren, Herr Rüttgers ist weder ein Michael Ballack der NRW-Politik noch Jürgen Klinsmann oder Felix Magath – von Birgit Prinz ganz zu schweigen. Er ist inzwischen höchstens der Günter Siebert der NRW-Politik – wenn Ihnen dieser Name noch etwas sagt.

(Zuruf von Oskar Burkert [CDU])

– Genau. Ich freue mich, dass Sie so aufmerksam zuhören. – Die Zukunft dieses Ministerpräsidenten liegt in der Vergangenheit. Die Zukunft von NRW ist aber jetzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Krautscheid das Wort.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einige strukturelle Kernmerkmale des

Haushalts des Ministerpräsidenten eingehen und anschließend auch einige Sätze zur Europapolitik verlieren.

Frau Löhrmann, Sie haben gesagt, Sie hätten sich den Haushalt einmal etwas näher angeschaut. Es war leider nicht nahe genug; denn einige wichtige Dinge sind Ihnen doch entgangen. Wenn Sie die Einnahmen und Ausgaben dieses Haushaltsplans genauer betrachten, stellen Sie nämlich fest, dass das Wachstum von 1,7 % im Haushalt des Ministerpräsidenten fast ausschließlich durch den planmäßigen und versprochenen Aufwuchs im Kulturbereich bedingt ist. Rechnen Sie den Aufwuchs im Kulturbereich von 15,1 Millionen € heraus, schrumpft der Etat des Ministerpräsidenten um 10 Millionen €.

Meine Damen und Herren, das heißt Sparen, das heißt Konsolidieren, das heißt vor allen Dingen auch Prioritäten setzen. Deswegen möchte ich direkt mit zwei Lieblingsmärchen aufräumen, die sich durch keine einzige Zahl in diesem Haushalt belegen lassen. Dabei geht es um Repräsentation und Personal. Auch heute haben wir wieder den einen oder anderen Anklang zu diesem Thema gehört. Die Ansätze für diese Bereiche sinken insgesamt.

Erstens. Wenn Sie die Kapitel 02 010 und 02 020 in den Blick nehmen, sehen Sie, dass wir keine Mittel für Repräsentation erhöhen. Dort gibt es keine Ansätze, die erhöht werden.

Meine Damen und Herren, unsere Haushälter sind einmal tief ins Archiv gestiegen. – Frau Löhrmann, vielleicht interessiert Sie das auch. – Die Ist-Ausgaben im Jahr 2009 für Repräsentation entsprechen den Ausgaben, die vor 14 Jahren bei Johannes Rau getätigt worden sind – und zwar noch ohne Inflationsbereinigung. Hier kann von einem Übermaß keine Rede sein; kein Mensch kann von Verschwendung reden.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Zweitens. Wer bei sinkendem Haushalt Schwerpunkte setzen will, muss in einigen Bereichen einsparen. Einsparungen sind natürlich insbesondere im Personalhaushalt erforderlich. Auch hier findet sich eine klare Maßgabe im Haushalt. Dieser Bereich wird 2009 gegenüber 2008 um 1,7 Millionen € abgesenkt. Insgesamt weist der Haushaltsplanentwurf 2009 gegenüber 2008 den Wegfall von 34 Planstellen und Stellen im Einzelplan 02 aus. Das bedeutet eine Konsolidierung auch im Haushalt des Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nach diesen rein haushalterischen Bemerkungen einige inhaltliche Anmerkungen zu den Schwerpunkten, die wir im Europabereich setzen. Ich freue mich, dass hier in weiten Teilen im Grundsatz Konsens besteht, und will einige Punkte kurz näher beschreiben.

Das Amerika Haus ist schon angesprochen worden. Nachdem die Freunde aus den USA ihre Präsenz in Köln aufgegeben hatten, waren wir Ende 2007/Anfang 2008 gefordert. Wir standen vor der Frage, ob es möglich ist, eine Kompensation für diese starke amerikanische Präsenz zu schaffen und das Amerika Haus in Köln zu retten.

Ich freue mich sehr, dass durch sehr viel bürgerschaftliches Engagement – das wir auch in diesem Haushalt unterstützen – mit dem Verein „Amerika Haus“ dort neue Aktivitäten möglich geworden sind. In diesem Zusammenhang ist uns Zweierlei wichtig; dafür unterstützen wir diesen Verein auch gerne mit einer Anschubfinanzierung.

Erstens ist uns wichtig, dass das Themenspektrum breit gesetzt ist. Es soll ein breites Themenspektrum sein, ob nun aus Literatur, Kultur, Politik oder Wirtschaft.

Zweitens ist uns wichtig, dass die Aktivitäten des Amerika Hauses nicht nur in Köln stattfinden, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen. Deswegen finde ich es sehr erfreulich, dass zum Beispiel eine große, hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion für die Bürgerschaft organisiert worden ist, die in einigen Tagen in Münster stattfinden wird.

Zweiter Punkt: Jugendprogramm Israel – das wurde schon angesprochen. Das ist eines unserer Schwerpunktthemen in der internationalen Zusammenarbeit. Wir haben dies im letzten Jahr beim Besuch des Ministerpräsidenten in Israel deutlich ausbauen können. Die Vielzahl der Programme bedarf mittlerweile einer gewissen Koordination. Dafür wird eine neue Koordinationsstelle eingerichtet, die unsere Israel-Aktivitäten im Jugendbereich zusammenfassen soll.

Europa-Dialoge, Fachkonferenzen: Es ist wichtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen alle diejenigen, die sich im Bereich Europa, im europäischen Themenspektrum engagieren und sich dafür interessieren, auch mit aktuellen Informationen, mit tiefer gehenden Informationen versorgen. Das wollen wir verstärkt tun.

Benelux-Mittel: Zu Recht wurde die erfreuliche, besonders sinnbildliche Verkörperung dieses Engagements durch die Vereinbarungsunterzeichnung auf dem Petersberg und die Verleihung des Staatspreises an die drei Regierungschefs angesprochen. Jetzt fängt der graue Alltag an. Jetzt werden unsere Fachleute in den Fachkommissionen mitarbeiten. Wir werden auch versuchen, durch einen verstärkten Personaleinsatz vor Ort im Benelux-Sekretariat nahe dran zu bleiben. Dafür brauchen wir natürlich auch im Haushalt 2009 entsprechende Mittel.

Ein Punkt, der mir außerordentlich wichtig ist, ist die Vorbereitung der Europawahl – ein Punkt, den ich dezidiert gerne überparteilich anfassen möchte. Denn ich glaube, es liegt in unser aller Interesse,

dafür zu werben, dass die Beteiligung an der Europawahl höher ist als beim letzten Mal.

(Beifall von der CDU)

Wir hatten beim letzten Mal eine Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen von 41 %; bundesweit lag sie höher. Ich glaube, da haben wir einiges aufzuholen. Wir wissen, dass viele Menschen sich nicht hinreichend über das informiert fühlen, was da zur Abstimmung ansteht, und glauben, dass wir ein Maßnahmenpaket mit all den Initiativen, Bürgerinitiativen, Institutionen in Nordrhein-Westfalen zusammen auf den Weg bringen sollten. Der Europatag, den wir zusammen mit dem Landtag, mit den einzelnen Ressorts, mit vielen Freunden aus anderen Ländern in Nordrhein-Westfalen feiern wollen, wird dafür ein besonders sinnfälliger Moment sein. Wir hoffen, dass wir die Aufmerksamkeit besonders für dieses Thema stärken können.

Nordrhein-Westfalen/Frankreich: Auch hier sind einige wichtige Etappen schon absolviert. Es wird im kulturellen Bereich in der ersten Jahreshälfte noch eine Reihe von Aktivitäten geben. Wir möchten das, was wir zu Beginn des vergangenen Jahres, des Nordrhein-Westfalen/Frankreich-Jahres sehr erfolgreich getan haben, nämlich einen zivilgesellschaftlichen Wettbewerb auszuloben, um Initiativen aus der Bevölkerung mit unserer Finanzierung die Möglichkeit zu geben, ihre Ideen auch in Frankreich umzusetzen, gerne auch in diesem Jahr wieder machen.

Des Weiteren möchte ich jetzt schon ankündigen – und lade auch die Interessierten aus dem Parlament herzlich ein –: Wir werden in der Europawoche eine Euregio-Konferenz durchführen. Ich habe mittlerweile alle Euregios besucht – intensiv, zum Teil mehrfach – und habe sie gebeten, die Themen, die ihnen auf dem Herzen liegen, die sie in der täglichen Arbeit strukturell behindern, für uns aufzuschreiben, vorzutragen, um dann in einer gemeinsamen Konferenz in der Staatskanzlei dieses Thema etwas tiefer zu beackern, um die Arbeit der Euregios, die wir sehr schätzen und fördern, stärker voranzutreiben.

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich mich gefreut habe, Herr Kuschke, dass Sie die Leitung der Europaunion übernommen haben. Ich sage gerne zu: Es liegt in unser aller Interesse, dass diese Institution gut und erfolgreich arbeitet und auch durch Parlament und Regierung Unterstützung findet. Ich will meine Unterstützung ausdrücklich zusagen.

Meine Damen und Herren, man kann sagen: Dieser Haushalt für die europäischen Aktivitäten weist eine Vielzahl von neuen Schwerpunkten auf. Manchmal muss man dafür anderes zurückfahren; anders geht es nicht in Zeiten, in denen gespart werden muss. Ich glaube aber, dass die Schwerpunkte überzeugend sind. Wer die Reden unserer ausländischen Gäste während des Konsularempfangs, den wir mit

dem Ministerpräsidenten in der vorletzten Woche ausgerichtet haben, gehört und mit ihnen gesprochen hat, der hat bei diesen vielen Gästen aus aller Herren Länder gespürt: Nordrhein-Westfalen mit seiner internationalen Arbeit wird beachtet, wird geschätzt. Unser Netzwerk funktioniert. Wir wollen das zum Wohl der Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Jetzt hat Herr Witzel für die FDP-Fraktion noch einmal um das Wort gebeten.

Ralf Witzel (FDP): Frau Kollegin Löhrmann, Ihre Äußerungen zur Europapolitik und zum Stellenplan der Staatskanzlei waren entweder unfair oder unterkomplex in der Ausführung. Ich weise ausdrücklich zurück, was Sie an mangelndem konzeptionellen Potenzial den Koalitionsfraktionen und unserem Kollegen Brockes unterstellt haben. Er ist der gewählte Vertreter dieses Hauses für alle Fraktionen im Ausschuss der Regionen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich habe gar nichts dazu gesagt! Es ist aber schön, dass Sie sich den Schuh anziehen!)

– Frau Löhrmann, Sie haben klar gesagt, es gebe hier kein konzeptionelles Vorgehen, nur das Nachbeten von Politik, die andere formuliert hätten. Vor dem Hintergrund der vielen europapolitischen Initiativen, die Sie auch hier im Zusammenhang mit dem Lissabon-Prozess parlamentarisch wahrgenommen haben, und auch der Arbeit unserer Landesvertretungen in den europäischen Gremien halte ich ausdrücklich für völlig unzutreffend, was Sie hier gegenüber dem Kollegen vortragen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kuschke?

Ralf Witzel (FDP): Von Herrn Kuschke immer.

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Witzel, ich hatte nicht gedacht, dass es heute noch spannend werden würde. Ich möchte mich vorsichtshalber vergewissern, ob ich auch am richtigen Ort bin. An dem Ort, an dem dieses Hohe Haus den Haushalt der Landesregierung diskutiert, ereifern Sie sich darüber, welchen kritischen Beitrag ein Mitglied dieses Hohen Hauses gerade geleistet hat – ein hoch interessanter Vorgang.

Vizepräsident Edgar Moron: War das eine Frage?

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege Kuschke, ich beantworte Ihre „Frage“ dahin gehend, dass ich es für selbstverständlich halte, dass sich die Vertreter der Oppositionsfraktionen, so wie ich das in anderer Rolle in früheren Jahren auch gemacht habe,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das können Sie auch besser!)

kritisch mit Haushaltvorlagen der Landesregierung auseinandersetzen. Dann sollten Sie aber Bezug nehmen auf den Haushaltsplan, der vorliegt, und konkrete eigene Vorschläge machen. Allein die Publikumsbeschimpfung für Kollegen der Koalitionsfraktionen, die hier viel konzeptionell vorgelegt haben, halte ich in dem Zusammenhang nicht für zielführend, auch wenn bei der Beantwortung der Frage die Zeit schon weiter läuft. – So viel zu Ihrer Frage, Herr Kuschke.

Das Zweite, was den Stellenplan angeht, Frau Löhrmann: Da sieht man auch, wie wenig Sie das wahrnehmen, was in diesem Land passiert ist. Wir haben Ihnen an vielen Stellen vorgerechnet, was Sie alles an grünen Klientel-Pflegeprogrammen und allen möglichen sonstigen Ausgaben im Haushalt auf den Weg gebracht haben. Diese forcieren wir sicherlich nicht. Da haben Sie völlig recht. Aber wir hatten in diesem Land einen historischen Politikwechsel. Der erfordert es, dass man auch in den Stellenplänen für eine einigermaßen loyale Arbeitsfähigkeit sorgt.

Ich darf Sie nur daran erinnern: Es gab Zeiten, in denen auch die Grünen Minister gestellt haben und an Regierungen in Deutschland beteiligt waren. Das ist zum Glück – außer in Stadtstaaten – in Deutschland momentan nicht mehr der Fall. Schauen Sie sich einmal an, wie umfangreich Sie 1998, als Sie im Bund kurzzeitig Verantwortung übernommen haben, die Verwaltung umgebaut haben. Dagegen war es ein sehr kleiner Eingriff, der hier zu Beginn der Legislaturperiode erfolgt ist. Deshalb teile ich ausdrücklich nicht Ihre Einschätzung, dass das von kurzer Dauer sein wird. Im Gegenteil: Das, Frau Löhrmann – Sie hören gerade nicht zu, während ich auf Ihre Rede eingehe –, ist nachhaltige Politik.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich höre zu! Ihre Rede ist nicht so anspruchsvoll, dass ich nebenbei nicht noch etwas anderes machen könnte!)

Wir gehen fest davon aus, dass es auch zukünftig bürgerliche Koalitionen in Nordrhein-Westfalen geben wird. Wir sind die Koalition der Erneuerung. Sie sind die Koalition der Vergangenheit.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie sind die Koalition der Ernüchterung!)

Deshalb ist auch das zukunftsfähige Personalpolitik.

(Beifall von der FDP – Frank Sichau [SPD]: 2010 dreht sich das!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Witzel. – Jetzt bittet noch einmal Frau Löhrmann um das Wort. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Zeit begrenzt ist.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Das weiß ich, Herr Präsident, und ich möchte nicht, dass Sie lange leiden. Das kann ich aber so nicht stehen lassen.

Ich finde es interessant, dass der Stich offenbar so gesessen hat, dass Herr Witzel meint, Herrn Brockes verteidigen zu müssen. Das finde ich interessant.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt ja so viele Orden im Land. Ich finde, auf einen mehr oder weniger kommt es auch nicht an. Wir sollten den Mimosen-Orden in diesem Land einführen. Der Anwärter Nummer eins ist der Ministerpräsident. Der Anwärter Nummer zwei ist für mich inzwischen Herr Lindner, weil er sich gestern so echauffiert hat. Und wir können Sie auf Platz drei nehmen, Herr Brockes. Dann bekommen auch Sie vielleicht mal einen Orden vom Ministerpräsidenten überreicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um noch einmal einen ganz zentralen Punkt zu nennen, Herr Witzel: In dieser Zukunftskommission wird aus unserer Sicht mit dem Geld geaast. Es wurde schon gesagt: Die Ergebnisse fließen nicht ein in den Koalitionsvertrag. Es darf sich über bestimmte Zukunftsfragen gar nicht geäußert werden. Das habe ich hier kritisiert. Das lasse ich mir auch in Zukunft nicht nehmen.

Ich finde es wirklich bezeichnend, dass Sie hier meinen, das richtigstellen zu müssen. Und wer aufgrund welcher Wahlergebnisse in welchen Landesregierungen vertreten ist, entscheiden Gott sei Dank nicht Sie durch Abstimmung, so wie Sie das hier peinlicherweise bei anderer Gelegenheit gemacht haben.

Wir lehnen den Haushalt der Staatskanzlei ab. Wir haben als Opposition sehr viele konkrete Anträge gestellt. Denen können Sie gerne zustimmen, damit sich an diesem Haushalt etwas zum Positiven verändert. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Meine Damen und Herren, jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich kann damit den Teilbereich Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten schließen.

Ich rufe den nächsten Teilbereich des Einzelplans 02 auf, nämlich den

Teilbereich Kultur

Hier wird die Debatte durch einen Beitrag der Frau Kollegin Nell-Paul von der SPD-Fraktion eröffnet. Bitte schön.

Claudia Nell-Paul (SPD): Herr Präsident! Das vierte Mal in Folge können wir gemeinsam die Steigerung des Kulturhaushalts feiern.

(Beifall von der CDU)

Herzlichen Glückwunsch! Das finde ich toll. Darüber freue ich mich. Dazu kann ich mich hier ganz klar und offen bekennen. Jede Mark, die mehr in die Kultur fließt, ist eine gut angelegte Mark.

(Ralf Witzel [FDP]: Euro!)

– Wie bitte?

(Ralf Witzel [FDP]: Euro! Wir haben heute den Euro!)

– Ja, Euro. Genau. Habe ich Mark gesagt? – Da sehen Sie, wie einem die Mark doch noch im Blut liegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Klarheit und Wahrheit gehört eben auch – das muss man sehen, wenn man die Zahlen nimmt –, dass von den 19,5 Millionen €, die wir nun mehr im Kulturhaushalt haben, 12 Millionen € in den Erweiterungsbau der Kunstsammlung K20, in Projekte wie RUHR.2010 oder in die Kunststiftung fließen. Es ist also eine ganze Menge Geld, das zwar auch in die Kultur fließt, aber nicht direkt der Kulturförderung vor Ort zugute kommt.

Es bleiben immerhin noch 7 Millionen €, die wir hier feiern sollten – die anderen feiern wir natürlich auch, aber in anderem Zusammenhang –, und von diesen 7 Millionen € fließt fast die Hälfte in die Musikpflege. Das finde ich sehr beachtlich und auch sehr begrüßenswert, insbesondere deswegen, weil ein Großteil dieser Gelder in „JeKi“ fließt, ein Projekt, das sich die neue Landesregierung hier gerne selbstlobend ans Revers heftet.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es ein Projekt ist, das von der Stadt Bochum ausging, dort viel Lob erfuhr und erst mit der Bundeskulturstiftung in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas 2010 ermöglicht wurde. Es ist ein Projekt, das wir alle gemeinsam begrüßen und tragen können. Insofern können wir uns alle freuen, wenn hier ein Fortschritt erzielt wird; wir werden darüber in den nächsten Tagen mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen beraten. Es gibt natürlich auch ein paar Probleme und Fragezeichen; darauf möchte ich schon jetzt hinweisen.

Das Vorzeigeprogramm der Landesregierung, nämlich „Kultur und Schule“, tritt mit Blick auf den Haushalt dagegen etwas auf der Stelle. Hier haben wir – in Anführungszeichen – „nur“ einen Zuwachs um 100.000 € bei einem Volumen von 4,4 Millionen €. Ich sage Ihnen: Sie werden in Zukunft keine großen Zuwächse realisieren können, wenn Sie nicht konkretisieren, wie denn hier konzeptionell weiter vorzugehen ist.

Wir haben immer wieder warnend gesagt: Es ist ein gutes Projekt, das aus der offenen Ganztagschule entstanden ist. Es ging darum, Künstler, Musikschulen, Kunstschulen an Schule zu bringen und zu einem gemeinsamen kulturellen Bildungsprojekt zu kommen.

Inzwischen stellt sich die Sache allerdings so dar, dass ein Großteil der Kinder und Jugendlichen von diesen Projekten nichts mitbekommen, während andere Kinder, die in gut situierten Kommunen leben, davon mehr mitbekommen. Wir haben es eigentlich immer als kulturelle Bildung für alle und nicht nur für einen Teil von Kindern und Schülerinnen und Schülern und insbesondere nicht nur für einen Teil von Kommunen, Städten und Gemeinden, die sich die Kofinanzierung leisten können, verstanden; das können sich nämlich nicht alle Kommunen leisten, wie wir wissen; aber darauf werde ich gleich noch an anderer Stelle zu sprechen kommen.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Wenn wir weiter in den Haushalt schauen, dann finden wir auch Bereiche, die überhaupt nicht im Fokus der Landesregierung stehen. Ich will hier nur das Thema Integration nennen: bedauerlicherweise seit Jahren ein gleich bleibender Zuschuss, keine Erhöhung zu verzeichnen, eine kleine Summe von 500.000 €. Wer die letzten Tage Zeitung gelesen und mitbekommen hat, was für ein enormes Problem sich nach wie vor in Nordrhein-Westfalen gerade beim Thema Integration abzeichnet, kann nur sagen: Diese Summen sind kulturpolitisch betrachtet ein Offenbarungseid, was das Thema „Kultur und Integration“ angeht.

Aber all das ist von geringer Dramatik, wenn man zu den wirklichen Problemen kommt: die Schere zwischen dem Anspruch der Landesregierung zur Kulturpolitik auf der einen Seite und der katastrophalen finanziellen Situation der Kommunen auf der anderen Seite. Das gehört auch zur Wirklichkeit.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir uns, wenn wir von der Kulturförderung des Landes sprechen, in etwa in der Größenordnung des Kulturhaushalts der Stadt Düsseldorf oder der Stadt Köln bewegen. Sie sind nur ein wenig niedriger. Das heißt, wir haben ein eklatantes Auseinandergehen von Anspruch und Wirklichkeit. Wir in NRW rühmen uns doch zu Recht unserer breiten, vielfältigen Kul-

turlandschaft in den Kommunen. Wie in keinem anderen Bundesland – das betonen wir doch in jeder Rede – findet unser kulturelles Leben auf hohem Niveau in unseren Städten und Gemeinden statt. Selbst die Landesregierung schreibt das auf ihrer Internetseite – ich zitiere –:

Die kulturelle Landschaft Nordrhein-Westfalens zeichnet sich aus durch Vielfalt, Kreativität und Weltoffenheit. Theater und Orchester, Museen, Bibliotheken, Freie Szene, vor allem aber die etwa 30.000 hier lebenden Künstlerinnen und Künstler bestimmen das Klima des Landes mit.

Ja, richtig. Aber all das passiert aus den Kommunen heraus. Nirgendwo auf der Welt gibt es so viele Veranstaltungen und Termine auf engem Raum. Hinzu kommen die herausragenden Events in Nordrhein-Westfalen: RuhrTriennale, Ruhrfestspiele, Musikfestspiele, große international bedeutende Ausstellungen der Museen, um nur einiges zu nennen.

„Stadt macht Kultur“ müsste die Überschrift für diese Highlights und Aktivitäten heißen und nicht: „Staat macht Kultur“. Da haben wir in Nordrhein-Westfalen eine völlig andere Tradition, und wir sollten sehr stolz darauf sein. Denn es sind die Kommunen selbst, die hier aktiv werden. Es sind aber in den Kommunen auch die unzähligen Stiftungen, Sponsoren, Freundeskreise der Museen und Theater, Kulturvereine und Initiativen – kurz: das ganze Spektrum von gemeinnützigem und bürgerschaftlichem Engagement. Darauf sollten wir bauen, wenn wir die weitere Kulturförderung im Blick haben. Hier liegen die Kreativität und die Substanz von Kunst und Kultur in NRW. Diesem Aspekt von Vielfalt und Verantwortung wird die Landesregierung nicht gerecht. Ganz im Gegenteil: Auf die katastrophale Situation in den Kommunen reagiert die Landesregierung mit Ignoranz und Arroganz.

Das sage ich auch nach dem Verfolgen der Debatte heute Morgen zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Ich hatte eine Frage, die Herr Engel nicht zugelassen hat, und musste mir anhören, dass sich eine Kommune – er hat die Kommune nicht genannt; er meinte Oberhausen – „sich ein defizitäres Theater ans Bein bindet“. So Herr Engel von der FDP wörtlich,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Unerhört!)

im Protokoll nachlesbar. Das zeigt doch auch Ihr Denken. Das heißt, dass den Kommunen in ihrer Not und bei ihren kommunalen Problemen, was die Finanzsituation angeht, nicht geholfen wird, sondern in Kauf genommen wird, dass Theater vor dem Aus stehen und auf der kommunalen Seite Kulturinitiativen und Kultureinrichtungen dichtgemacht werden müssen. Das passiert doch im Moment in unserem Land.

Es gibt Hilferufe genug, nicht nur aus Oberhausen. Wir wissen zum Beispiel aus der Anhörung zu unserem Antrag zum Bibliotheksgesetz, dass es in Nord-

rhein-Westfalen Bibliothekssterben gibt. Vor all dem verschließt die Landesregierung die Augen und verweist auf das tolle Ergebnis der Verdoppelung des Kulturförderhaushalts im Lande. Ich glaube, dass sich da eine Riesenschere auftut, die der Kultur in Nordrhein-Westfalen langfristig nicht gut tut.

Ein weiterer Aspekt, den ich noch ansprechen will: Man verabschiedet sich wohl ein bisschen von der Verantwortung auf der kommunalen Seite und nimmt stärker in den Fokus, sich selbst mit großen Events zu schmücken. Denn man hat eine Kulturkommission, eine Expertenkommission beauftragt, Vorschläge zu machen. Siehe da, die Vorschläge heißen: Staatstheater, Staatsorchester, Staatsoper. Der Staat, das Land, will sich also selbst die schmückende Kultur aneignen, die im Moment noch unter der kommunalen Familie blüht und gedeiht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Um auf das eben Gesagte zurückzukommen: Das ist nicht unser Weg. Unser Weg ist die Stärkung der kommunalen Familie, damit sie die Kulturaufgabe, die sie in der Vergangenheit in dieser Vielfalt und Produktivität erbracht hat, auch weiterhin wahrnehmen kann. In diesem Sinne wollen wir gerne offen und streitig diskutieren. Wir hoffen sehr, dass diese Diskussion irgendwann im politischen Raum kommt.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin!

Claudia Nell-Paul (SPD): Ich höre sofort auf. – Wir haben den Eindruck, dass sich die Landesregierung dieser Diskussion entzieht. Sie sagt nicht, welche Ergebnisse des Expertenberichts sie umsetzen will. Wir hoffen, dass wir irgendwann zu diesen Debatten kommen werden. Wir werden natürlich weiterhin dafür sorgen, dass die Kommunen ihre Aufgaben ...

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin!

Claudia Nell-Paul (SPD): ... im Kulturbereich lösen können. – Danke, Herr Präsident, für Ihre Geduld.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Vizepräsident Edgar Moron: Danke, Frau Kollegin. – Herr Prof. Sternberg, bevor ich Ihnen das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass nach der gegenwärtigen Debattenlage das Ende dieses Plenums nicht vor 23:30 Uhr zu erwarten ist. Ich bitte deshalb, dies, wenn Sie Ihre Beiträge hier leisten, immer im Auge zu behalten. Sie sind nicht der letzte Redner, sondern nach Ihnen kommen noch sehr viele. – Herr Prof. Sternberg, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Vielen Dank für diese Ermahnung. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Andere Damen und Herren sind kaum noch da. Meine Damen und Herren, wir reden über Kulturförderung in Zeiten der Krise, das heißt: Wie geht man eigentlich in Krisenzeiten mit einem Kulturetat um?

Unser Etat zeigt, dass diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen ein verlässlicher Partner der Kulturschaffenden im Land sind. Denn er zeigt, der Beschluss zur Verdoppelung, den wir bereits in sehr schwierigen Zeiten gefasst haben, wird durchgehalten, und der wird auch in der Krise durchgehalten.

Kultur ist eben für uns nicht Kürzungs- und Spielmasse. Ich danke ausdrücklich Frau Kollegin, dass Sie auch anerkannt haben, dass wir diesen Aufwuchs hier wieder präsentieren können.

Dieser Aufwuchs des Etats um 19,6 Millionen € – natürlich sind darin große Projekte. Aber es wundert mich schon, Frau Nell-Paul, dass Sie als Düsseldorferin so viele Schwierigkeiten damit haben,

(Zuruf von Claudia Nell-Paul [SPD])

dass wir dazu stehen, dass, wenn wir ein Staatstheater haben – wir haben ein Staatstheater, nämlich die Neue Schauspiel Düsseldorf GmbH –,

(Beifall von der CDU)

diesem neuen Schauspielhaus auch eine verlässliche Finanzausstattung gegeben, damit dort ordentlich gearbeitet werden kann. Ich finde, an den Stellen, wo das Land die Verantwortung hat, sollte das Land diese Verantwortung auch wahrnehmen, und dann kostet das eben etwas mehr.

(Beifall von der CDU)

Das gilt übrigens auch für die deutliche Erhöhung für den Betrieb der Kunstsammlungen des Landes, damit die neue Direktorin ihre neuen Konzepte in den neuen Räumen, die sich im Etat wiederfinden, auch umsetzen kann. Dazu gehört aber auch, dass in den Bereichen, in denen wir als Land zuständig sind – das sind die Landesorchester, die Landestheater –, seit ein paar Jahren, ganz genau seit drei Jahren, wieder ruhig gearbeitet werden kann. Dazu gehört auch, dass wir mit der Musikfabrik ein Ensemble für neue Musik in Köln jetzt als neues Landesensemble finanziell ausstatten. Aber auch die anderen Orchester bekommen mehr, weil da die Kommunen besonders Schwierigkeiten haben.

Und der nächste Finanzierungsschritt gilt natürlich der Kulturhauptstadt „Ruhr.2010“. Nach 1,5 Millionen € in 2008 sind es im nächsten Jahr 3,6 Millionen €

Ich gehe gerne auf die Fortsetzung der inzwischen in ganz Deutschland nachgeahmten Projekte „Kultur und Schule“ ein. Übrigens: Zu „Kultur und Schule“ muss ich fragen, wieso, wenn ein Projekt gut ist, automatisch jedes Jahr eine fast beliebige Erhö-

hung kommen muss. Ich sehe nicht den unmittelbaren Zusammenhang zwischen einer Geldausgabe und einer guten Sache. Wenn eine gute Sache auch gut läuft, dann kann unter Umständen ein optimierter Betrag erreicht sein, sodass man dann sagen kann: Es ist gut, wenn es so läuft. Wir haben es eingeführt, wir haben es im zweiten Jahr sehr stark erhöht,

(Zuruf von Claudia Nell-Paul [SPD])

und jetzt läuft es sehr gut.

(Ralf Witzel [FDP]: Über 1.000 Projekte landesweit!)

Es ist laut Statistik nicht so, dass nur in den Kommunen, die etwa viel Geld hätten, viele Projekte gemacht werden, sondern es werden in allen Städten viele Projekte gemacht, und zwar an allen Schultypen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Eigenanteil, den die Städte – das wissen Sie genau – aus gesetzlichen Gründen erbringen müssen, ist sehr gering gehalten.

Aber an dieser Stelle ein Hinweis auf unsere Veränderungsblätter. Ich gehe auf die Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ ein. Es ist das erste und wichtigste Projekt der Kulturhauptstadt und soll – wie wir immer beteuert haben – in den erfolgreichen und erprobten Elementen nach 2010 auf das ganze Land ausgedehnt werden. Dazu haben wir einen ersten Schritt gemacht. Wir werden am Freitag inhaltlich darüber beraten. Hier geben wir mit 600.000 € den finanziellen Rahmen dafür.

Ein anderes Element des Veränderungsblattes: Die Museumsinsel Hombroich bei Neuss braucht eine erste Hilfe für ihr Überleben nach dem Tod ihres Gründers, Motors und Mentors. Das schlägt sich auch in einer Veränderung nieder.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Dann nenne ich beim Thema Bibliotheken einmal die Erhöhung des Ansatzes für unsere Landesbibliotheksaufgaben; da musste mehr getan werden, wie Sie alle wissen. Aber wir erhöhen auch den Ansatz für die öffentlichen Büchereien, und zwar um 400.000 €. Sicher, Frau Nell-Paul, man kann auch 700.000 € fordern. Aber wenn man auf die extremen Kürzungen gerade dieses Etats auf eine fast nicht mehr erkennbare Summe im Jahr 2005 blickt, sind unsere ruhigen Schritte der Erhöhung eine stetige Unterstützung dieses wichtigen Bereichs, dem wir in den kommenden Monaten unsere besondere Aufmerksamkeit schenken werden, wie unser Antrag aus dem letzten Jahr angekündigt hat.

50.000 € sind als Veränderung für Musikarbeit aufgeführt. Das betrifft insbesondere die Arbeit in Landesjugendensembles und darunter das wunderbare neue LandesJugendPerkussionsEnsemble. Das

sind erstklassige Gruppen, die unserem Land noch alle Ehre machen.

Ich komme noch auf einen Punkt, der in dem Veränderungsblatt etwas apokryph wirkt, zu sprechen. Da finden sich Zuschüsse in Höhe von 200.000 € für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen. Die stehen unter der neuen Titelgruppe 69 – Erinnerungskultur. Damit decken wir jetzt finanziell unseren Antrag zur Erinnerungskultur ab. Diese Mittel werden für kulturelle Tätigkeiten insbesondere in Gedenkstätten gebraucht. Diese Arbeit in den Gedenkstätten ermöglicht es, dass dort in einem etwas besseren finanziellen Rahmen gearbeitet werden kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Hinweis zu dem Titel „Kulturelle Integration“ geben. Sie haben dazu einen Antrag gestellt und haben gerade länger dazu ausgeführt. Ich halte noch einmal fest: Die neue Titelgruppe 66 – Kulturelle Integration – haben wir 2006 eingeführt. Nur auf Grundlage unseres Antrags wurden überhaupt Mittel in diesem Bereich zur Verfügung gestellt. Niemand hat je behauptet, dass die gesamte Integrationsleistung „Kulturelle Integration“ aus diesem Titel zu bestreiten wäre, sondern der Titel ist für – das kann man auch in den Erläuterungen lesen – exemplarische Arbeit und für Grundlagentätigkeit da. Integration ist heute für eine moderne, aktuelle und zeitgerechte Kulturpolitik selbstverständlich ein Querschnittsthema geworden.

Das heißt: Wir haben hier eine ganze Reihe von wichtigen, besser ausgestatteten Projekten. Der Aufwuchs zeigt sich, glaube ich, in einer sehr guten Form.

Eines sei noch gesagt, Frau Nell-Paul. Sie haben auf den Kommunalisierungsgrad des Kulturetats in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Das ist richtig – ich weise auch immer darauf hin –, und das ist auch festzustellen.

Nur zwei Dinge dazu: Wir verzeichnen natürlich auch, wie Sie wissen, strukturelle Anpassungen in Städten, die heute noch zwei Drittel ihrer Einwohnerzahl von vor 20 oder 30 Jahren haben. Das wird sich auch auf Kultureinrichtungen auswirken müssen. Deshalb ist nicht jede Überlegung für die Veränderung von kulturellen Einrichtungen sofort als Kahlschlag zu diskutieren.

Zweitens ist ganz wichtig: Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Kulturarbeit der Landschaftsverbände besonders herauszuheben. Wir haben in Trägerschaft des Landes fast kein Museum, aber in Trägerschaft der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe eine große Zahl von Museen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Kulturetats, den wir hier verabschieden, ist nur eine Seite der Kulturförderung. Grundlage für alle Kulturtätigkeit ist das, was die Menschen, was Künstlerinnen und Künstler, was im Kulturbereich

Engagierte machen – und was übrigens auch Ehrenamtliche tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir hatten vergangene Woche die Freude, zum ersten Mal die Verleihung des Ehrenamtspreises „Der Dank – Ehrensache Kultur“ erleben zu können, der auf Grundlage unseres Antrags zustande gekommen ist. Wenn man gesehen hat, mit wie viel Engagement Menschen – junge Leute, alte Leute – mit sehr wenig Geld, meistens sogar ohne jedes öffentliche Geld, begeistert Kulturarbeit machen, erkennt man: Das ist einer ganz besonderen Dankbarkeit würdig. Wir sollten uns klar sein: Es lässt sich nicht alles mit Geld machen, aber wir sorgen dafür, dass das, was mit Geld passieren muss, besser möglich wird. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Dr. Sternberg. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren auf der Zuschauertribüne können wir im Moment leider nicht begrüßen.

Mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2009 kommt die Koalition ihrer Zusage der Verdopplung des Kulturförderetats bis zum Jahr 2010 wieder ein Stückchen näher.

Der Kulturförderetat wächst in diesem Jahr um 19,5 Millionen €, und dieser Aufwuchs erfreut natürlich; denn wir Liberale räumen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Kunst und Kultur wieder einen hohen Stellenwert in der politischen Gestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Ich sage ausdrücklich: Ich bedanke mich an dieser Stelle auch für die konstruktive Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten, in denen wir wirtschaftlich-konjunkturell wohl eine gewisse Schwächephase wahrnehmen müssen, setzen wir auf die Fortführung der kulturellen Profilbildung unseres Landes. Um es mit den Worten des Vorsitzenden des Kulturrates Nordrhein-Westfalen, Gerhart Baum, auszudrücken: Kultur betrachten wir nicht als Schönwetteraufgabe; die Kulturförderung ist keine Kür, sondern essenziell notwendig.

Gerade in Rezessionsphasen soll die Kulturförderung nicht beschnitten werden, denn die Kulturförderung ist auch die Voraussetzung dafür, dass in unserer Gesellschaft Kreativität und Innovation wieder Platz greifen und wir auf diese Art und Weise auch eine Chance haben, aus einer konjunkturellen Schwäche wieder hinauszukommen. Die Kultur ist eben die Plattform für diese Kreativität, auf der dann tatsächlich auch neue Ideen, neue Patente, neue

Technologien und neue Produkte entstehen können.

Deshalb ist die Kultur ein wichtiger Motor für den wirtschaftlichen Fortschritt und somit auch – ich will es einmal so sagen – ein Stück weit ein Hoffnungsträger für eine schnelle wirtschaftliche Gesundung.

Meine Damen und Herren, Kultur ist, wie wir alle wissen, sehr facettenreich, und daher freut es mich, dass wir auch in diesem Jahr mit Haushaltsänderungsanträgen einen breiten Fächer darstellen, um möglichst viele Sparten, wie das Theaterwesen, die Kulturhauptstadtaktivitäten, die Kommunen und Bibliotheken und die Musikpflege, finanziell unterstützen zu können.

In den Vorjahren haben wir die Weichen mit dem Schwerpunkt kulturelle Bildung gestellt. Diesen Weg beschreiten wir in diesem Jahr weiter.

Das Programm „Kultur und Schule“ setzen wir fort. Insgesamt stellen wir alleine in diesem Jahr für dieses Programm 4,4 Millionen € bereit.

Weiterhin werden wir die Mittel für das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ um 3,3 Millionen € auf insgesamt 4,6 Millionen € deutlich aufstocken. Es freut mich, dass das Programm „Jedem Kind ein Instrument“, ein Projekt im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010, sehr erfolgreich angenommen wird und dass es uns gemeinsam gelungen ist, bereits erste Schritte zur flächendeckenden Ausweitung des Programms zu ermöglichen. Dabei ist es unerheblich, ob wir dies nun genau unter diesem Titel „Jedem Kind ein Instrument“ tun oder ob wir andere, ebenfalls gute Vorbilder und Modellversuche in Nordrhein-Westfalen wählen, die es schon gibt oder die wir weiter erproben und ermöglichen wollen – wir werden sicherlich am Freitag noch einmal dezidiert darüber diskutieren – wie z. B. das Programm „Jedem Kind seine Stimme“ und auch den Tanz, den wir stärker einbeziehen können. Ich glaube, es ist ein sehr guter Weg, dass wir das deutliche Signal setzen, dass dies nicht nur eine – ich will mal sagen – Lex Ruhrgebiet ist, sondern dass auch außerhalb des Ruhrgebietes andere Aktive, andere Schulen und andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen, unter Einbeziehung der öffentlichen und privaten Musikschulen, dieses Projekt starten können

(Beifall von der FDP)

und dass wir uns als Land dort in der Förderungs- zusage sehen.

Es ist Beleg des Erfolges, dass zahlreiche Kommunen in unserem Land, zahlreiche Musikschulen und zahlreiche Schulen möglichst „Jedem Kind ein Instrument“ umsetzen und damit einen ganz wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung von Kindern leisten wollen.

Meine Damen und Herren, wir verschließen uns nicht vor einer Weiterentwicklung von „JeKi“. Wir sind aber der Ansicht, dass wir einen zweijährigen

Erfahrungszeitraum brauchen, um eine erste Zwischenbilanz ziehen und dann feststellen zu können, wo noch Nachbesserungs- oder Weiterentwicklungsbedarf besteht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen möchte ich bereits an dieser Stelle dazu ermuntern, unseren Antrag „Landesweite Ausweitung von „Jedem Kind ein Instrument““ zu unterstützen.

Wir wissen nämlich, dass die musikalische Förderung von Heranwachsenden ein wichtiger Beitrag zur sozialen und kulturellen Bildung und Integration unterstützen wollen.

Deshalb haben wir uns auch dazu entschieden, die Jugendensembles aufzuwerten. Wir stocken dazu den Förderansatz um weitere 50.000 € auf 300.000 € auf. Damit wollen wir auch unsere Wertschätzung der Leistungen der Jugendensembles zum Ausdruck bringen.

Wir Liberale setzen uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner dafür ein, die örtlichen Bibliotheken zu stärken, denn unsere Bibliotheken – das wissen wir alle – leisten wertvolle und wichtige Basisarbeit beim Archivieren und Bewahren unseres kulturellen Erbes und auch beim Zugang einer breiten Öffentlichkeit zu Wissen, Lernen und Forschen.

Meine Damen und Herren, die örtlichen Bibliotheken in den Städten und Gemeinden, also nahe bei den Bürgern, sind unersetzliche Bildungseinrichtungen. In der Zeit der Vorgängerregierung ist die Förderung der Bibliotheken bedauerlicherweise so weit heruntergefahren worden, dass sie in Existenz und Fortbestand bedroht waren. Wir stocken diese Bibliothekenförderung jetzt schrittweise, wie die Haushaltsfinanzlage es erlaubt, in voller Anerkennung des großen Bildungsauftrags der Bibliotheken wieder auf.

Deswegen sind es in diesem Jahr mit fast 2,8 Millionen € weit mehr als doppelt so viel Unterstützung für die Bibliotheken als noch vor vier Jahren. Wir haben mit einem Änderungsantrag im Haushalts- und Finanzausschuss diese Mittel für die Bibliotheken noch einmal um 400.000 € heraufgesetzt, weil wir der Ansicht sind, dass hiermit der Bedarf, gerade im Hinblick auf die Stärkung der Medienkompetenz, gedeckt werden kann. Deswegen werden wir auch dem Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD an dieser Stelle nicht folgen.

Auch der Ansatz für die Landesbibliotheksaufgaben wird um 0,5 Millionen € auf 1,2 Millionen € erhöht und damit fast verdoppelt. Diese Ansatzserhöhung sehen wir auch als erforderlich an, da nach dem Hochschulfreiheitsgesetz eine Mitfinanzierung der Hochschulen, wie sie früher üblich gewesen ist, jetzt nicht mehr zu erwarten ist.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir die

Fördermittelverstärkung um über 275.000 € für literarische Zwecke, zum Beispiel für die Leseförderung, begrüßen und unterstützen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, gerade in der Kulturpolitik kommt es darauf an, dass wir neben den sogenannten Leuchtturmprojekten, wie Kulturhauptstadtjahr 2010 oder der 3. RuhrTriennale 2009 bis 2011, und der Hochkultur auch die Breitenkultur vor Ort in den Kommunen und im Ehrenamt fördern und unterstützen.

Deswegen, meine Damen und Herren, unterstütze ich ausdrücklich den nach wie vor hoch gefahrenen Ausgabenansatz von 2,5 Millionen € zur Förderung der Breitenkultur. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir das Förderniveau mit fast 30.000 € gegenüber der letzten Legislaturperiode überschreiten. Die Laienkultur ist aus unserer Sicht ein unverzichtbarer Bestandteil der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft. Das gilt insbesondere für die ländlichen Räume Nordrhein-Westfalens. Die Laienkultur ist ein wichtiges Element gemeinschaftlicher Lebensgestaltung und prägt das soziale und kulturelle Leben insbesondere in der Hinsicht, dass Laienkultur auch eine Beheimatung bietet und zur Identitätsstiftung beiträgt. Wir erkennen in der Laienkultur und besonders in der Laienmusik einen notwendigen und wichtigen Bestandteil der kulturellen Vielfalt unseres Landes, die – darauf ist ja gerade schon völlig zu Recht hingewiesen worden – zu 80 % von den Kommunen ausgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben an anderer Stelle noch genügend Gelegenheit, über die Frage zu diskutieren, welche Möglichkeiten wir den Kommunen für die Kulturförderung stärker eröffnen müssen.

Zu den Staatstheatern, die die Kollegin Nell-Paul gerade in die Debatte eingebracht hat, habe ich bereits in einer der letzten Plenarsitzungen ausdrücklich dargelegt, warum aus unserer Sicht ein Staatstheater mit der Bezeichnung „Staatstheater“ oder ein „Staatsorchester nicht angemessen sind.

Alles Weitere werden wir sicherlich zu gegebener Zeit weiter diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In allen drei Redebeiträgen sind im Prinzip alle Mittel schon einmal aufgeführt worden, die für die Kultur im Jahr 2009 ausgegeben werden sollen. Ich kann für meine Fraktion sagen – das haben wir auch im Ausschuss schon deutlich gemacht –, dass wir diesen Aufwuchs im Kulturbereich begrüßen. Der ist positiv. Der ist rich-

tig. Er zeigt an verschiedenen Stellen auch in die richtige Richtung.

Das betrifft etwa das Thema Kultur und Integration, wo wir diesen Betrag bisher verwendet sehen. Eben wurde bemängelt, er wäre nicht erhöht worden. Ich glaube, wir haben ein ganz grundsätzliches Problem, auch in der Kulturabteilung der Staatskanzlei, und zwar deshalb, weil einerseits der erfreuliche Aufwuchs über die Jahre hinweg vollzogen wird, andererseits aber der Kulturstaatssekretär mit seinem Personalstand bei dem Aufwuchs nicht mit berücksichtigt ist, sodass das gleiche Personal zur Verfügung steht, um die Arbeit zu tun. Für den Bereich Kultur und Integration sind das 1,5 Stellen, wenn ich das richtig im Kopf habe. Das reicht natürlich im Grunde nicht aus, um so ein Programm sinnvoll zu bearbeiten, in die Fläche eines Landes mit 18 Millionen Einwohnern. Von daher ist das sicher eine Problematik, die man noch einmal genauer betrachten muss, wenn man weiter – und das sollte man tun – am Kulturaufwuchs festhält.

Wir haben in Deutschland Gesamtausgaben für Kultur in Höhe von 8,3 Milliarden €. Da wir ja jetzt alle an große Summen gewöhnt sind, wissen wir, dass das gar nicht so wahnsinnig viel Geld ist für die gesamte Kultur in Deutschland. Nordrhein-Westfalen ist mit einem Beitrag von rund 2 Milliarden € mit in der Rechnung drin. Davon gibt das Land auch einen kleinen Beitrag dazu, wie hier schon mehrfach erwähnt wurde. Das Wesentliche leisten aber die Kommunen.

Hier kommen wir zu einem Problem, das wir, glaube ich, auch von der landespolitischen Seite her noch einmal genauer werden unter die Lupe nehmen müssen, nämlich: Wie erhalten wir die von uns allen vielfach gelobte und immer wieder gut beschriebene kulturell vielfältige Landschaft in Nordrhein-Westfalen? Unsere Kommunen sind jedenfalls zurzeit aufgrund ihrer haushalterischen Situation nicht in der Lage, das Angebot, das sie bisher vorgehalten haben, aufrechtzuerhalten.

Das wurde eben zu Recht kritisiert. Äußerungen, die dahin gehen, dass man jetzt einer Stadt vorwirft, dass sie ein Theater betreibt, führen natürlich an dem Punkt nicht weiter, sondern landeskulturpolitische Aufgabe müsste es aus meiner Sicht sein zu prüfen, welche Möglichkeiten wir haben, da, wo es wirklich Probleme gibt, auch aus Landessicht zu helfen, möglicherweise mit einem entsprechenden befristeten Programm, um solche Theatereinrichtungen oder anderen Einrichtungen, die kultureller Art sind und vom Aus bedroht sind, zu unterstützen. Denn da liegt ein Problem. Wir diskutieren ja viel über Rettungsschirme und über andere Möglichkeiten der Unterstützung. Da, wo es schwer wird, sollte man die Kultur an dem Punkt nicht außen vor lassen.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Forderung der Kulturpolitischen Gesellschaft, dass auch das

Konjunkturpaket einen Anteil für die Kultur mit berücksichtigen sollte. Ich finde das eine richtige Forderung. Ich meine, die sollten wir uns auch auf der landespolitischen Ebene in der Kultur zu eigen machen, damit wir an der Stelle, wenn es Geld gibt, das an die Kommunen geht, dann bestimmte kleinere Summen in die Förderung auch dieser Einrichtungen möglicherweise mit einbeziehen können.

Den von Ihnen im Dezember eingebrachte Antrag zur Theaterförderung im Sinne einer Exzellenzförderung, d. h. diejenigen zu fördern, die es ohnehin schon sehr gut machen – darüber haben wir schon diskutiert –, halte ich so für falsch. Ich meine, dass wir den Kommunen an dem Punkt kein richtiges Signal geben, und natürlich auch nicht, wenn wir beginnen, über Staatstheater und sonstige Staatseinrichtungen zu reden. Das ist nicht der Kulturbegriff, den Nordrhein-Westfalen geprägt hat und der Nordrhein-Westfalen auch so stark gemacht hat. Der war genau das Gegenteil.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern, Herr Kollege Sternberg, ist das auch falsch: Das Düsseldorfer Schauspielhaus ist natürlich kein Staatstheater, sondern eine GmbH, die – das ist der Stolz der Bürger von Düsseldorf – damals einerseits aus der Stadt heraus in Zusammenarbeit mit dem Land gegründet wurde.

(Zuruf von der CDU: Zu 50 %!)

– Genau, fifty-fifty ist die Aufteilung, aber fifty-fifty ist eben kein Staatstheater. Staatstheater ist anders definiert und bedeutete eine 100%ige Finanzierung durch das Land. Die liegt hier aber nicht vor. Staatskultur ist also nicht das Ziel, sondern das Ziel ist, Kultur in ihrer Breite zu fördern. Darüber sind wir uns, meine ich, im Grundsatz einig. Deshalb ist dieser Bericht der Kunstkommission so wenig niederschlägig. Niemand interessiert sich wirklich dafür außer einigen Expertinnen und Experten.

(Christian Lindner [FDP]: Dann sind Sie für „Privat vor Staat“?)

– Herr Lindner, Ihr Zwischenruf beweist, dass Sie von diesen Themen gar nichts verstehen oder nichts verstehen wollen.

(Christian Lindner [FDP]: Und dass Sie keinen Humor haben!)

Es macht gar keine Freude, darauf zu reagieren, sondern es ist eher ärgerlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Aber an anderer Stelle werden Sie sicherlich Gelegenheit haben, zu dem Thema zu sprechen, wenn Sie das möchten.

Ich sage nicht „Privat vor Staat“ in der Kultur, sondern ich bin froh, dass wir im Wesentlichen eine staatliche Finanzierung der Kultur haben; das soll

auch so bleiben. Über diesen Punkt müssen wir uns jetzt nicht auseinandersetzen. Da sind wir Gott sei Dank, jedenfalls im Kulturausschuss, Herr Kollege Lindner, alle beieinander.

Ich will noch auf ein paar Punkte eingehen, die angesprochen wurden. Ich freue mich sehr über die Initiative aus den Reihen der Koalitionsfraktionen in Richtung Gedenkstätten. Ich finde das einen richtigen Weg. Wir geben in Nordrhein-Westfalen viel zu wenig Geld aus für die Gedenkstätten, übrigens schon seit vielen Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist gut, dass wir das anders machen wollen, weil die Gedenkstätten mit dem Aussterben von Zeitzeugen in eine schwierigere Lage kommen. Das Vermitteln der gemeinsamen Geschichte, insbesondere unserer NS-Vergangenheit, an Jugendliche und die Gesellschaft insgesamt wird schwieriger, weil es sich in der Möglichkeit der Darstellung verändert. Hier müssen wir Verantwortung stärker wahrnehmen. Das gilt für uns in Nordrhein-Westfalen genauso wie übrigens aus meiner Sicht auch für die Berliner Ebene mit Blick auf die Unterhaltung der Anlagen, die seinerzeit zur Vernichtung von Menschen in deutschem Namen aufgebaut wurden. Da liegt eine ganz große Verantwortung, der wir gemeinsam gerecht werden sollten. Also: Danke für die Initiative, wir unterstützen sie ausdrücklich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einen Satz zum Thema Ehrenamt sagen. Ich finde auch die Idee mit dem Preis „Der Dank-Ehrensache Kultur“ gut. Das kann man so machen, das ist eine Möglichkeit. Ich würde mir allerdings wünschen, wenn ich die Anregung geben darf, dass man künftig auch diejenigen, die vielleicht nur nominiert waren oder nicht zum Zuge kamen, in irgendeiner Weise in den Dank mit einbezieht. Das ist bei der ersten Veranstaltung noch nicht der Fall gewesen. Wenn man die Leute anspricht, sollte man sie auch mitnehmen. Dazu werden Sie eine Lösung finden, die wir begrüßend unterstützen können.

Zu guter Letzt möchte ich das Thema unseres gemeinsamen Appells im Hinblick auf die freie Szene im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 ansprechen. Hier sehe ich, dass der gemeinsame Appell aus dem Kulturausschuss Gutes bewirkt hat insofern, als die Leute an verschiedenen Stellen miteinander ins Gespräch kommen. Dazu gibt es eine Reihe von Hinweisen. Auf der anderen Seite sagen diejenigen, die den Appell gut finden, es fehlten uns noch die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten. Da ist die Kulturhauptstadt aus meiner Sicht auch noch nicht ganz am Ende Ihrer Möglichkeiten angelangt.

Ich kann nur hoffen, dass wir alle gemeinsam an den Stellen, wo wir es können, diejenigen ermutigen, da weiter voranzuschreiten und zur Einbindung

derjenigen Leute, die kulturell aktiv sind, einzubinden. Alle Vorrednerinnen eben haben betont, dass es auf diese Menschen besonders ankommt, die ihren Beitrag für die Kultur leisten, auf die Künstlerinnen und Künstler, die kreativ arbeiten. Die müssen wir natürlich auch in das Kulturhauptstadtprojekt einbinden, da wo sie sich in ihren Städten schon mit Projekten angeboten haben. Da besteht meiner Ansicht nach noch ein Arbeitsbedarf.

Hier könnte aus meiner Sicht die Landeskulturpolitik noch stärker auf die „Ruhr 2010“ und die Kommunen wirken und deutlich machen, wie wichtig es zumindest aus Landessicht ist, dass möglichst viele Menschen, die kulturell aktiv sind, in diese Arbeit mit eingebunden werden,

(Beifall von den GRÜNEN)

damit es am Ende nicht heißt, wir haben die Autobahn gesperrt, das war ein tolles Fest, wir haben den einen oder anderen Leuchtturm aufgebaut und möglicherweise auch bunte Ballons gezündet, die weit sichtbar waren, sondern dass die Kultur für die Herzen der Leute gezündet wird. Das ist wichtig, und das muss man immer wieder neu tun. Darauf sollten wir an der Stelle noch einmal gemeinsam dringen.

Letzter Punkt: Ich bin sehr betrübt über die Entwicklung in Bezug auf Schloss Moyland, wenn ich das sagen darf. Ich finde es bedauerlich, dass gerade die Arbeit von Joseph Beuys, die da Halt gefunden hat, im Moment auch durch die Einwände der Witwe in Diskussionen gerät. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir mit dem Wenigen an Arbeit, das wir vom Parlament her leisten können, und die Verantwortlichen in der Landesregierung schnell und bald zu Lösungen kommen, um dieses wichtige Museum am Niederrhein seiner Bedeutung wieder deutlich gerecht werden zu lassen. Ich hoffe, dass da bald Lösungen gefunden werden, die uns nicht so belasten wie das, was im Moment diskutiert wird. Deshalb war der Vorschlag der Kunstkommission, das nach Düsseldorf zu holen, an der Stelle auch kein guter, weil er andere Leute ermutigt hat, solche Gedanken auszusprechen. Das schadet, meine ich, dem Standort am Niederrhein und schadet dem Projekt Museum Schloss Moyland, für das dieses Land und dieses Parlament schon sehr viel Geld gemeinsam beschlossen haben. Das sollten wir auch weiterhin tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinker: Herzlichen Dank, Herr Keymis. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Krautscheid.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann die Rede der Regierung zum Kulturetat eigentlich mit dem glei-

chen Satz anfangen, den Frau Nell-Paul zu Beginn Ihrer Rede gesagt hat: Zum vierten mal infolge ein Aufwuchs des Kulturetats, darüber freuen wir uns.

(Beifall von der CDU)

Das ist in der Tat das Einhalten und die Umsetzung eines Versprechens, die Verdoppelung des Kulturförderhaushaltes in dieser Wahlperiode hinzubekommen. Wenn man sich insgesamt die Aufwüchse der letzten Jahre, angefangen bei den 70,6 Millionen € zu Beginn der Wahlperiode, anschaut, dann wird dieses Versprechen auf Punkt und Komma eingehalten.

Natürlich kann man bei der Frage der Verwendung solcher Zuwächse durchaus streiten, was man machen soll, wie diese Mittel für die Kulturförderung sinnvoll eingesetzt werden. Wir haben heute ein breites Potpourri an Ideen und Vorschlägen gehört. Das zeigt die ganze Vielfalt dieser kulturellen Arbeit, die natürlich – das ist zu Recht angemerkt worden – nur ein kleiner Baustein in der kulturpolitischen Arbeit dieses Landes insgesamt sein kann, die im Wesentlichen den Kommunen obliegt.

Wir sind also davon überzeugt: In der Kulturförderung eingesetztes öffentliches Geld ist gut angelegt! Diese Mittel werden konzentriert und sinnvoll ausgegeben.

Ich möchte nur wenige Punkte wie das Programm „Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche“ besonders hervorheben. Dabei handelt es sich um ein Landesprogramm, das zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 ins Leben gerufen wurde. Es startet nunmehr – das ist eine ausgesprochen beeindruckende Zahl – in die dritte Runde. Die Jury hat dafür 1.400 Projekte von rund 1.000 Künstlerinnen und Künstlern aller Kunstsparten in allen Schulformen umgesetzt und zur Förderung ausgelobt. Meine Damen und Herren, dieses Volumen ist bereits beeindruckend, wird aber noch geringfügig gesteigert. Es handelt sich um ein vorbildliches Programm, das Nachahmer in anderen Bundesländern gefunden hat.

Ein zweites Programm wurde eben schon erwähnt. Frau Nell-Paul, Sie hatten schon Angst, man würde sich wieder selbst loben, Stichwort: „JeKi“ – Jedem Kind ein Instrument. Das brauchen wir gar nicht zu tun; denn viele andere loben dieses Programm. Sie haben Recht: Auch dieses Programm ist nicht allein auf dem Ideenmist der Landesregierung gewachsen. Es wurde mit Partnern auf der Bundesebene wie der Kulturstiftung umgesetzt. Gleichwohl ist es ein ganz wesentliches Programm mit dem Ziel, möglichst jeder Grundschülerin und jedem Grundschüler zunächst im Ruhrgebiet bis zum Ende des Schuljahres 2010/2011 die Möglichkeit zu bieten, musikalische Erfahrungen mit einem Instrument zu machen.

Mit Beginn dieses Schuljahres ist das Programm bereits auf über 350 Grundschulen in 33 Städten

ausgeweitet worden. Bereits jetzt nehmen rund 20.000 Schüler am Programm „Jedem Kind ein Instrument“ teil. Es soll weiter ausgebaut werden. Im kommenden Schuljahr werden insgesamt bis zu 31.000 Erstklässler in dieses Programm einsteigen. Das sind schon 73 % aller Schulanfänger, was eine beachtliche Zahl darstellt.

(Beifall von der FDP)

Die Frage ist auch – darüber wird am Freitag diskutiert werden –, wie dieses sinnvolle und hilfreiche Projekt über das Ruhrgebiet hinaus ausgedehnt werden kann. Denn es ist natürlich zunächst ein wichtiger Baustein unserer Aktivitäten zur Kulturhauptstadt. Dieses Thema wird vier Jahre lang mit insgesamt 12 Millionen € aus dem Kulturetat gefördert, aber auch hierbei kommen – Stichwort: Kulturhauptstadt – 50 Millionen € an Ziel-2-Mitteln aus dem EFRE-Programm der nächsten Jahre hinzu. Wenn wir alle Mittel zusammenrechnen, kann die Kulturhauptstadt mit über 118 Millionen € Unterstützung rechnen.

Herr Kollege Keymis, Sie sagten, am Schluss dürften nicht nur einige bunte Luftballons und einige Leuchtturmprojekte stehen.

(Zustimmung von Oliver Keymis [GRÜNE])

Ich bin zutiefst überzeugt: Nicht nur „JeKi“, sondern auch viele andere Projekte sind nachhaltig und werden über das Kulturhauptstadtjahr hinaus Wirkung entfalten, wenn Sie zum Beispiel an die Emscher-Kunstaussstellung, den Neubau des Folkwang-Museums, das Ruhrmuseum, die Erweiterung der Küppersmühle, den Neubau des Landesarchivs, den Neubau des Emil-Schumacher-Museums in Hagen oder an die Umgestaltung des Dortmunder U denken. Diese Projekte werden noch weit über das Kulturhauptstadtjahr hinaus ihre Wirkung erzielen.

(Beifall von CDU und FDP)

Angesprochen worden ist – ich erwähne das wegen eines einzigen Aspekts – auch die Bibliotheksförderung. Meine Damen und Herren, wer, obwohl man als Opposition diesen Titel nie ins Leben gerufen hat, über die Frage der kulturellen Integration meint sagen zu müssen, wir sollten die Mittel erhöhen, darf Folgendes nicht aus den Augen verlieren: Auch Mittel, die etwa für „JeKi“ oder für die Leseförderung in diesem Haushalt stehen, haben die Förderung der Integration als Wirkung. Insgesamt werden auch mit den jetzt 450.000 €, die bei den kommunalen Bibliotheken hinzukommen, sinnvolle Aktivitäten ausgeweitet.

Ich erwähne kurz die Kultursekretariate. Ich bin sicher, dass die kreativen Menschen, die in Wuppertal und Gütersloh arbeiten und internationale Kulturarbeit und kulturelle Bildung betreiben, zu schätzen wissen, dass sie mit der Anhebung dieses Etats um 461.000 € genau das Doppelte an Mitteln bekommen, was sie von Rot-Grün bekommen ha-

ben. Damals war es 1 Million € unter Schwarz-Gelb sind es 2 Millionen € für diese Arbeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte gern einen letzten Punkt ansprechen. Uns allen ist klar, dass mit dem Stichwort „kreative Ökonomie“ eine Querschnittsentwicklung angesprochen wird, die den Haushalt der Wirtschaftsministerin, den des Medienministers wie auch den Kultur-etat betrifft. Wir wollen natürlich, dass diese transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Kultur und kreativer Ökonomie gefördert wird.

Ich möchte ein Projekt ansprechen, das ich für bemerkenswert halte. Es gibt einen Vorläufer in Amsterdam mit einem Projektbüro. Wir alle merken, wenn wir ehrlich sind, auch im Kulturbereich einen gewissen Sog der Bundeshauptstadt Berlin, die eine gewisse Attraktivität hat.

Wir erleben umgekehrt – der eine oder andere erlebt das auch in seiner täglichen Arbeit –, dass kreative Menschen zum Teil mittlerweile händeringend in Nordrhein-Westfalen nach interessanten Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten vor Ort suchen. Warum? Weil – Stichwort: Lofts – in vielen Gegenden wie zum Beispiel in Duisburg, beim Hafen in Düsseldorf oder in Köln, wo es sonst für wenig Geld interessante Arbeitsmöglichkeiten für Künstler und für Kreative gab, mittlerweile die Preise so hoch sind, dass man dort keine besonders kreative Umgebung mehr zu erwarten hat.

Ich finde es eine sehr gute Idee, dass eine Beratung in der Frage stattfinden soll, wie ein Zuzugsprogramm die Abwanderung von Kreativen aus Nordrhein-Westfalen verhindern kann und wie diesen Menschen in unseren Städten eventuell Gelegenheit gegeben werden kann, in leer stehenden Immobilien zu einem günstigen Preis ihre kreativen Arbeiten voranzutreiben.

Last but not least möchte ich ein Thema ansprechen, das bis jetzt in der Debatte noch keine Rolle gespielt hat: eine neue Spitzenförderung ab 2009 für freie und zeitgenössische Tanzkompanien. Gefördert werden sollen jeweils vier von einer Jury ausgewählte Spitzenkompanien, die für einen Zeitraum von drei Jahren, zunächst von 2009 bis 2011, einen Projektzuschuss von bis zu 65.000 € pro Jahr erhalten werden. Das ist ein Kernbestandteil unseres neuen Tanzkonzeptes, mit dem der Tanz in Nordrhein-Westfalen in seiner Qualität und seiner internationalen Strahlkraft unterstützt und weiterentwickelt werden soll. Insgesamt umfassen diese Maßnahmen bis zum kommenden Jahr rund 700.000 € zusätzlich zur Förderung des Tanzlandes Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, man kann über das Wie mit Fug und Recht streiten. Etwas, worüber man nicht streiten können, ist, dass auch mit diesem Kulturetat wieder daran gearbeitet wird, Kulturförderung und Kulturarbeit zum Markenzeichen des Lan-

des Nordrhein-Westfalen zu machen. Ein gerütteltes Maß Anteil daran hat die erfolgreiche Arbeit des Kulturstaatssekretärs, dem ich dafür herzlich danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Krautscheid.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Teilbereich Medien

Ich gebe das Wort an Herrn Eumann von der SPD-Fraktion.

Marc Jan Eumann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, ich treffe auf Ihr Einverständnis, wenn ich am Ende dieser Beratungen das Gespräch mit Frau Bätzing suche, um mit ihr darüber zu reden, dass wir Weihrauch als illegale Droge klassifizieren, weil offensichtlich der Weihrauchnebel, den Sie hier verbreiten, Ihre Sinne und die Selbstwahrnehmung täuscht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bevor ernste Gesundheitsschäden eintreten, sollten wir an der Stelle etwas tun.

(Minister Oliver Wittke: Man merkt, dass Sie aus einer Karnevalshochburg kommen!)

– Ja, das ist gut. Ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten, aber, Herr Wittke, Sie wissen genau, woher Sie kommen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Minister Krautscheid hat unzuständigerweise den Kulturetat gelobt. Ich wünschte mir, dass ich das Gleiche sagen könnte, was meine Kollegin Nell-Paul gesagt hat. Aber in Ihrer eigenen Zuständigkeit, Herr Krautscheid, ist Ihnen das bei weitem nicht so geglückt wie beispielsweise im Bereich der Kultur.

Nachdem CDU und FDP 2005 mit der Rasenmähermethode den Medienetat massiv gekürzt hatten, war der Überroller Ihr bevorzugtes Instrument der nächsten Jahre, wobei klar ist: Überrollen bedeutet Stillstand. Jetzt legen Sie einen Etat vor, der unter dem Strich – zugegeben – ein kleines Plus verzeichnet, aber das ist mit Blick auf die Wahljahre 2009 und 2010 nun wirklich keine Überraschung. Herr Krautscheid, Sie sind ja Europaminister und wissen genau, woher der Spruch „Honi soit qui mal y pense“ kommt und welche Bedeutung er in Ihrem Falle hat.

Sie werfen der SPD ja häufiger vor, dass sie wenig zur Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen beiträgt.

Ich vermute, dass Sie diese Platte auch heute wieder auflegen werden. Zur Vorbereitung auf die Etatberatungen habe ich mir die Mühe gemacht, alles nachzulesen, was die Landesregierung und die Akteure in letzter Zeit gesagt haben. Hier bin ich auf eine Rede von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vom 18. Juni 2007 gestoßen. Ich zitiere:

Wir verfolgen dabei eine neue Förderstrategie. Im Rahmen einer neuen Cluster-Strategie haben wir insgesamt 16 Branchen identifiziert. Und zum ersten Mal gibt es auch ein Mediencluster NRW.

Im Haushalt 2008 – das fand ich sehr konsequent – gab es 300.000 € für die Geschäftsstelle eines Medienclusters. Das muss man sich merken. Diesen Haushaltsplanentwurf haben wir hier Ende 2007 beraten.

Im Februar 2008 gab es dann eine Pressemitteilung: Mediencluster geht jetzt auf den Weg – Staatskanzlei teilt mit.

Im Juni 2008 darf man Sie in der hervorragenden Fachzeitschrift des epd nachlesen – herzlichen Glückwunsch, epd, zum 60.! –: Projekt Mediencluster NRW steht.

Dann gibt es eine weitere Rede des Ministerpräsidenten vom 9. Juni 2008: Wir bauen ein Cluster speziell für die Medienbranche auf.

Im November 2008 teilt die Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie mit: Für das Cluster Medien läuft zurzeit die Vorbereitung für eine Inhousevergabe des Clustermanagements an die NRW.BANK.

Meine Damen und Herren, jetzt stehen wieder 300.000 € für das Management und 1 Million € für die Ausführung drin. Das haben Sie schon im letzten Jahr gehabt. Und was haben Sie gemacht? – Nichts haben Sie gemacht in der Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen!

Es gibt eine schöne Hollywood-Produktion mit dem Titel: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Dieser Film ist witzig. Er hat viele Pointen. Der Film, den Sie in der Düsseldorfer Staatskanzlei drehen, Herr Kollege Krautscheid, ist leider eine Tragödie, und die Geschichte geht leider für das Medienland Nordrhein-Westfalen nicht gut aus.

Apropos Hollywood!

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt kommt der Held Eumann ins Spiel!)

– Herr Witzel, Sie müssen mir eines versprechen: Ich bitte sehr herzlich, dass Sie, wann immer Sie Regie führen, mich nie in Ihrem Theater besetzen werden, denn das könnte ich niemandem erzählen und würde es Ihnen als Regisseur ungerne zumuten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich war gerade bei Hollywood. Der Minister für Bundesangelegenheiten,

Europa und Medien hat sich unglaublich gefreut, dass der Film „Der Vorleser“ für fünf Oscars nominiert wurde. Wir freuen uns auch und hoffen sehr, dass am 23. Februar in einer dieser fünf Kategorien der Film „Der Vorleser“ gewinnt. Warum freuen wir uns? – Wir freuen uns, weil es am Ende dann doch gelungen ist, Teile dieser Produktion – diese Produktion basiert ja auf einem sehr erfolgreichen Buch von Bernhard Schlink – hier in Nordrhein-Westfalen abzuwickeln.

Wem haben wir das vor allem zu verdanken? – Der Filmstiftung von Nordrhein-Westfalen! Mit dieser Filmstiftung gehen Sie seit 2005 nicht anständig um.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Wem haben wir die Filmstiftung zu verdanken?)

Das kann ich Ihnen deutlich machen. 2005 hatte die Filmstiftung einen Etat von mehr als 12 Millionen € aus dem Landeshaushalt. Dann sind Sie heruntergegangen. Heute gehen Sie in Ihrem neuen Vorschlag hoch um sage und schreibe 240.000 €, landen aber immer noch deutlich unter 10 Millionen €. Sie gehen mit diesem wichtigen Förderinstrument nicht anständig um und schmücken sich an dieser Stelle mit fremden Federn.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Kredite der NRW.BANK ersetzen keine aktive Filmförderpolitik.

Was noch schlimmer ist, Herr Kollege Krautscheid: Was das Fördervolumen anbelangt, ist die NRW-Filmförderung vor allem dank des Engagements des WDR, der immer seinen Anteil gehalten hat, auch wenn Sie gekürzt haben, die Nummer eins. Aber: NRW ist noch die Nummer eins. Berlin-Brandenburg kratzt jetzt an der 30-Millionen-€-Grenze. Pro Kopf hat Berlin-Brandenburg uns leider schon überholt; pro Kopf gerechnet sind wir nicht mehr die Nummer eins.

Da darf ich mit Genehmigung der Präsidentin für heute ein letztes Mal den Ministerpräsidenten zitieren. – Sagen Sie es bitte noch einmal laut?

Präsidentin Regina van Dinter: Den ganz besonders gerne.

Marc Jan Eumann (SPD): Den ganz besonders gerne. – Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Dann habe ich jetzt auch nichts zu befürchten.

Also, wir sind bei der Filmförderung schon die Nummer zwei. Und wissen Sie, was der Ministerpräsident dazu sagt? Am 21. Juni 2008 ab 18 Uhr hat er auf dem Drachenfels in Königswinter zum Platz Nummer zwei Folgendes gesagt: „Wir wollen ganz nach vorne. Denn wir kennen die alte Fußballerweisheit von Erik Meijer: ‚Nichts ist scheißer als Platz zwei.‘“

So weit der Ministerpräsident dieses Landes, und das sagt alles über Ihre Medienpolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Eumann. – Für die CDU-Fraktion spricht nur Herr Kollege Jarzombek.

Thomas Jarzombek^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Eumann, ich glaube und hoffe für Sie, dass Sie das besser können als diese armselige Vorstellung, die Sie hier geliefert haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist niveaulos, das ist herablassend. Da ist keine Strategie erkennbar, Sie sagen gar nicht, was Sie machen wollen. Sie zitieren hier zehn Minuten lustlos aus Papieren. Ich glaube, das kann jedes Ratsmitglied in der SPD-Fraktion besser, als Sie es hier vorgestellt haben.

Wir haben heute eigentlich einen freudigen Anlass. Am morgigen Tage können wir nämlich das einjährige Jubiläum unseres Medienministers feiern.

(Beifall von der CDU)

Er ist nun ein Jahr im Amt. Ich kann für meine Fraktion feststellen, dass er das ganz exzellent gemacht und viele Schwerpunkte der Medienpolitik gesetzt hat. Der erste Schwerpunkt, den man festhalten kann: So viel Geld hat es für Medienpolitik schon lange nicht mehr gegeben wie in diesem Jahr.

Ich möchte einige Schwerpunkte an dieser Stelle nennen. Der erste – und darauf hat der Kollege Eumann reflektiert – ist das Thema der Filmförderung. So viel Geld wie für die Filmförderung im letzten Jahr ausgegeben wurde, gab es noch nie in Nordrhein-Westfalen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Was?)

Natürlich haben wir nicht nur die Mittel der Filmstiftung erhöht. Da darf ich ganz ehrlich fragen: Sie hatten bisher immer noch eine Million in Ihren Luftanträgen übrig, jetzt sind es nur noch 300.000 €. Wo ist da die Strategie? – Lassen wir das!

Wir haben 10 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt, und zwar für die Filmförderung bei der NRW.BANK. Gap-Finanzierung nennt sich das Modell. Hinzu kommen die Modelle der Zwischenfinanzierung und der Risikoentlastung. Das sind wichtige Module. In der derzeitigen Finanzkrise ist es auch für Produzenten schwierig, Kredite zu bekommen, wenn man schon Unterschriften auf den Verträgen hat. Hier hilft die NRW.BANK, insbesondere über die Gap-Finanzierung, die Lücke zwischen der klassischen Filmförderung und den Verwertungsrechten, die am Ende stehen, zu schließen. Wir haben

die Mittel für die Filmförderung auf 20 Millionen € verdoppelt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber Kredite sind keine Förderung, Herr Kollege!)

– Wenn Sie eine Frage haben, müssen Sie auf den Knopf drücken.

Unser zweiter Schwerpunkt, den wir gebildet haben, sind Games. Es ist ein Schwerpunkt dieser Landesregierung gewesen, und es ist uns gelungen, die wichtigste Leitmesse, die Games Convention, als neue Messe nach Köln überzusiedeln. Es ist deshalb ein großer Erfolg, weil sich die Landesregierung sehr stark eingebracht hat: Der Minister sowie der Oberbürgermeister der Stadt Köln – dem hier der Dank gebührt – waren bei den verschiedensten Terminen dabei.

Die Games Convention hatte letztes Jahr in Leipzig alleine 200.000 Besucher. Mit den Möglichkeiten dieses tollen neuen Standortes in Köln und der hohen Bevölkerungsdichte wird es eine der wichtigsten Messen in Nordrhein-Westfalen werden und ein medienpolitisches Highlight für diesen Messestandort.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Jarzombek, jetzt hat der Kollege auf den Knopf gedrückt. Würden Sie die Zwischenfrage zulassen?

Thomas Jarzombek^{*)} (CDU): Bitte. Ich diskutiere gerne mit ihm über Games.

Marc Jan Eumann (SPD): Ich hatte schon gedrückt, als Sie noch über Ihr Missverständnis mit Blick auf die Filmförderung sprachen. Herr Kollege Jarzombek, können Sie mir denn sagen, nachdem Sie das so sehr gelobt haben, wie viele Akteure nicht die Filmförderung, sondern die Kredite der NRW.BANK in diesem Bereich in Anspruch genommen haben?

Ich füge an, dass ich Ihnen dazu gratuliere, dass Sie aus eigenem Interesse Ihre letzte Rede als medienpolitischer Sprecher der CDU zu einem Haushalt halten werden. – Herzlichen Glückwunsch, Herr Jarzombek!

Thomas Jarzombek^{*)} (CDU): Das nehme ich als großes Kompliment. Denn es sind zwei Dinge, für die Sie mich loben: Erstens sehen Sie es als sicher an, dass ich meinen Wahlkreis gegen Michael Müller gewinne. Das finde ich hervorragend. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Und zum Zweiten reflektieren Sie darauf, dass meine Versuche, parteiintern aufgestellt zu werden,

erfolgreicher waren als Ihre. Das ist auch in Ordnung.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Zu Ihrer konkreten Frage: Die Zahlen, die ich hier benenne, sind Ist-Zahlen. Diese 10 Milliarden € wurden nicht zur Verfügung gestellt.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Entschuldigung; 10 Millionen € 10 Milliarden € werden wir irgendwann auch noch erreichen. Diese 10 Millionen € wurden tatsächlich effektiv abgerufen. Insofern ist das hier keine virtuelle Summe, sondern das ist wirklich an die Filmwirtschaft gegangen. Damit haben wir die realen Ausgaben verdoppelt.

Wir waren beim Thema Games. Ich weiß, das liegt Ihnen nicht so sehr, aber es ist eine große Zukunftsbranche und die einzige im Medienbereich, die wirklich zweistelliges Wachstum hat. Wir haben mit der Games Convention die absolute internationale Leitmesse hierhin geholt. Ein großer Erfolg für unseren Standort! Es liegt nicht immer nur am Geld und am Haushalt, sondern es sind auch die Rahmenbedingungen, die hier besonders gut sind. Da gebührt der Dank nicht nur Minister Krautscheid für seine gute Netzwerkarbeit, sondern auch Minister Laschet für seine hervorragende Arbeit im Bereich des Jugendmedienschutzes. Es ist uns gelungen, im vergangenen Jahr mit seinem Vorstoß, dem Laschet/von-der-Leyen-Papier, den Maßstab für die Novellierung des Jugendschutzgesetzes zu setzen. Wir haben uns gegen andere Bundesländer mit ganz anderen Intentionen durchgesetzt – ein sehr großer politischer Erfolg für Nordrhein-Westfalen.

Der dritte Schwerpunkt, den wir haben, ist die Förderung der neuen Medien. Hier kommt wiederum die NRW.BANK ins Spiel, die einen Eigenkapitalfonds für die Kreativwirtschaft im Bereich der neuen Medien mit insgesamt 30 Millionen € eingerichtet hat. Der Fonds richtet sich dabei an Unternehmen aus den Bereichen Film, Fernsehen, Musik, Werbung, Software, Computerspiele sowie Design und Kunst. Es ist ein sehr breit aufgestellter Fonds mit einem Initiativkreis von Experten aus den Branchen, auch den einzelnen Bereichen der Medienbranche. Er umfasst 30 Millionen €; das ist mehr, als wir alleine im Landshaushalt haben. In diesem Jahr geht er an den Start. Bei den neuen Medien wird er maßgebliche Akzente setzen.

Der vierte Schwerpunkt unserer Arbeit auch in diesem Jahr wird die Breitbandförderung im ländlichen Raum sein. Das ist ein immer wichtiger werdendes Thema; denn eine Kommune, die heute keine Internetanschlüsse hat, ist tatsächlich abgehängt: Weder kann sie junge Familien für sich gewinnen noch Unternehmen ansiedeln. Selbst alteingesessene Industriebetriebe brauchen heute leistungsfähige Internetanschlüsse, um in der globalisierten Wirtschaft zu bestehen.

In der Staatskanzlei haben wir eine ganze Reihe von Programmen aufgelegt. Maßgeblich ist dabei das Projekt im Hochsauerlandkreis zusammen mit der Fachhochschule Meschede, das Best-Practice-Modelle für alle Kommunen in diesem Land zur Verfügung stellt. Wir unterlegen es auch mit Geld: 1,1 Millionen € aus dem Etat von Minister Uhlenberg sowie 5 Millionen € für einen Etat zur Anbindung von Gewerbegebieten im ländlichen Raum.

Wir werden sehen, was wir aus den Mitteln, die wir aus dem Konjunkturpaket II bekommen, noch zusätzlich tun können, und dieses Thema auf unsere Agenda in diesem Jahr ganz weit oben platzieren.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir reden doch über den Haushalt der Staatskanzlei!)

– Wenn Sie das so isoliert betrachten, Herr Eumann, spricht das gegen Ihre Denkweise, aber nicht gegen unsere Arbeit.

(Beifall von der CDU)

Teil 5 betrifft die Cluster-Initiativen. Hier habe ich mich ehrlich gesagt sehr über Ihren Haushaltsantrag gewundert. Denn entweder halten Sie die Cluster-Initiative für richtig oder für schlecht. Wenn Sie sie für richtig halten, müssten Sie mindestens so viel Geld fordern, wie jetzt im Haushalt steht, oder sogar noch etwas drauflegen. Wenn Sie sie für schlecht halten, müssten Sie die Mittel streichen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Sie haben aber ganz willkürlich ein paar 100.000 € gestrichen. Wie soll das denn funktionieren? Natürlich brauchen Sie ein Cluster-Management und ein gewisses Volumen, damit es funktioniert. Aber Sie können doch nicht einen Teil herausnehmen, um zu schauen, was davon übrig bleibt. Unsere Cluster-Initiative fördert mittelständische Unternehmen. Sie haben Nokia gefördert und das Ergebnis gesehen. Ich lade Sie nach Rumänien ein, um sich anzuschauen, was Sie damit erreicht haben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir fördern mittelständische Unternehmen. Das ist der große Vorteil unserer Cluster-Initiative. Dass Sie sich damit überhaupt nicht auseinandergesetzt haben, zeigt Ihre Rede. Denn die Stelle, die Sie beschreiben, betrifft nicht nur das Mediencluster, sondern auch das IKT-Cluster.

(Beifall von der CDU)

Sechster Punkt. Die Netzwerkarbeit in der Medienbranche ist für uns ein wichtiges Thema und im letzten Jahr ganz hervorragend gelaufen. Das Medienforum des Landes Nordrhein-Westfalen war eine tolle Veranstaltung mit 3.500 Fachbesuchern, mit internationalen und nicht zuletzt – passend zur Diskussion über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – spannenden Referenten besetzt. Neelie

Kroes hat eine Rede gehalten, die international für Aufmerksamkeit gesorgt hat.

Im Übrigen gilt auch hier mein Lob dem Minister: Ich habe selten erlebt, dass ein Medienminister an allen drei Tagen bei so vielen Veranstaltungen präsent ist und sich auch als Ansprechpartner der Branche anbietet, wie es Andreas Krautscheid getan hat.

(Beifall von der CDU)

Auch die Nachwuchstalente haben wir mit unserem Etat platziert. Das Medienfest, das mittlerweile ebenfalls fast 15.000 Besucher zählt – 4.000 Fachbesucher aus dem Bereich der Medienaus- und -fortbildung –, ist eine Veranstaltung, die inzwischen Markenwert erreicht hat.

Damit kommen wir zu einigen Themen, die uns in der Zukunft noch beschäftigen werden. Eines haben wir bereits im Herbst diskutiert: Das Digitalradio ist für uns eine wichtige Sache. Wir haben beschlossen, der Internetradiostandort Nummer eins werden zu wollen. Darauf werden wir in diesem Jahr Initiativen folgen lassen. Wir werden kein Geld mit der Gießkanne ausschütten, sondern intelligente Netzwerkveranstaltungen machen und die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit innovative Radiomacher, die in diesem Bereich Neues anbieten, nach Nordrhein-Westfalen kommen.

Im Übrigen habe ich gelernt, dass die SPD ebenfalls sehr beim Internetradio engagiert ist. „www.Radio.de“ – wie ich finde, ein ganz guter Dienst, den ich auch benutze – gehört der SPD, wie ich festgestellt habe. Das steht nirgendwo drauf, was auch ein Thema ist, über das man in diesem Jahr reden können wird, denn man sollte den Leuten reinen Wein einschenken und da, wo SPD drin ist, auch SPD draufschreiben. Das gehört zur Ehrlichkeit einfach dazu.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Novelle des Landesmediengesetzes ist Ihnen in den Eckpunkten bekannt und mit den Sprechern der Fraktionen bereits bei den Eckpunkten besprochen worden. Ich halte es für wichtig, dass wir auch für die Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen etwas tun. Denn eine stabile Demokratie lebt von einer stabilen, qualitativ hochwertigen Zeitungslandschaft, von Qualitätsjournalismus. Wenn die Notwendigkeit besteht, insbesondere bei der Medienkonzentration einige Dinge zu ermöglichen, die bisher noch nicht möglich sind, werden wir mit diesem Gesetz dafür die passenden Rahmenbedingungen schaffen.

Insofern kann ich das Resümee ziehen, dass die Medienpolitik schon lange nicht mehr einen solchen Stellenwert hatte wie im letzten und im kommenden Jahr. Es gab seit vielen Jahren nicht mehr so viel Geld für die Medienpolitik wie jetzt. Wir sind auf der Spur des Erfolgs. Das sehen Sie auch an der Menge der Zitate und Publikationen. Damit können wir

uns sehen lassen. NRW ist und bleibt das führende Medienland. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jarzombek. – Für die FDP spricht der Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Eumann konnte leider nicht bestätigen, dass der Satz „nomen est omen“ gilt. Sie wissen, die griechische Vorsilbe „eu“ steht für gut. Die Qualität hatte Ihr Beitrag leider nicht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Bei Ihrem Namen braucht man Gott sei Dank keine Ausführungen!)

Medienpolitik bedeutet in besonderem Maße Chancen und Herausforderungen, denen wir uns widmen sollten, denen Sie sich aber auch widmen und stellen sollten. Der FDP-Landtagsfraktion ist bewusst, dass die schnellen technischen Entwicklungen und Möglichkeiten in der heutigen Zeit zu Veränderungen von Information und Kommunikation führen. Das stellt qualitative Anforderungen sowohl an die im Medienbereich Beschäftigten als auch an die Nutzer neuer Medien.

Um den Standort NRW zu stärken, ist es daher unser erklärtes Ziel, das im Land vorhandene Potenzial – etwa das vielfach in kleinen Unternehmen sowie beim Nachwuchs vorhandene Multimedia-Kreativpotenzial – optimal zur Entfaltung zu bringen. Es geht uns vor allem darum, kraftvoll und souverän die Medien- und Kommunikationsbranche als Beschäftigungs- und Innovationsmotor für das Land Nordrhein-Westfalen bestmöglich zu nutzen.

(Beifall von der FDP)

Die erforderliche Aus- und Fortbildung sowie die Medienkompetenzvermittlung und -förderung in diesem Innovationsbereich erreichen wir durch eine ausgewogene Förderung geeigneter Maßnahmen auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene.

Liberaler Medienpolitik betont seit jeher die zentrale Bedeutung des Wettbewerbs der Meinungen in einer freien und offenen Gesellschaft. Weitere wichtige Kernpunkte liberaler Medienpolitik sind etwa die Förderung des technischen Fortschritts und der medialen Vielfalt, die weitere Beschleunigung des Prozesses der Digitalisierung und des Breitbandausbaus, den wir in Nordrhein-Westfalen konsequent betreiben, der Abbau von Investitionshemmnissen, die Weckung der Informationslust und die Schaffung von Anreizen für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb begrüßen wir als FDP, dass der Gesamtansatz des Haushaltskapitels „Medien und Tele-

kommunikation“ um 1,8 Millionen € auf insgesamt 21,7 Millionen € angewachsen ist. Wichtige Ansätze sind hier die für das Clustermanagement in den Bereichen NRW-Informations- und Kommunikationstechnologie und NRW-Medien entsprechenden Mittel für die Vergabe innovativer Projekte und Ideen im Rahmen der Förderwettbewerbe Medien.NRW.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Die Medien- und Kommunikationswirtschaft NRW ist dynamisch gewachsen und nimmt seit Jahren eine wichtige Position in der regionalen Wirtschaftsstruktur ein. Der Medienstandort steht dabei auf einem einmalig breiten und viele Medienbereiche umfassenden Fundament.

Von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen arbeiten mit knapp 6 % immerhin mehr als 300.000 Beschäftigte in der Medien- und Kommunikationsbranche. Vergleicht man die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Medien- und Kommunikationswirtschaft mit anderen Bundesländern, so liegt Nordrhein-Westfalen hiermit an erster Stelle. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezogen auf die Gesamtheit der Wirtschaftsbereiche seit 1999 abgenommen hat, ist sie im Bereich der Medien- und Kommunikationswirtschaft in Nordrhein-Westfalen in dieser Zeit laut media|NRW um mehr als 10 % gestiegen.

Ich möchte auf einige in diesem Zusammenhang wichtige Einzelaspekte eingehen: In Zeiten des Web 3.0 sind insbesondere die Themen Medienkonsum und Medienkompetenz für uns sehr wichtig. Laut ARD-/ZDF-Onlinestudie 2008 verbringen die Deutschen immer mehr Zeit im Netz, jeder Erwachsene im Schnitt 58 Minuten täglich. Die Zahl der Internetnutzer in der Altersgruppe zwischen 14 und 19 Jahren verbringt täglich sogar 120 Minuten im Netz und damit mehr Zeit als vor dem Fernseher. 92 % der Jugendlichen rufen dort Videos ab und schauen live oder zeitversetzt Fernsehsendungen. In 2008 waren 66 % der Erwachsenen online, mit 96 % verfügte aber nahezu jeder 14- bis 29-Jährige über einen Zugang zum Internet.

Im Netz lauern zahlreiche Gefahren für Kinder und Jugendliche. Deshalb ist es von überragender Wichtigkeit, so wie wir es in Nordrhein-Westfalen auch forcieren, Jugendlichen und Kindern einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Medien zu zeigen und auch auf Risiken hinzuweisen. Die von Nordrhein-Westfalen mitfinanzierte zentrale Kontrollstelle für Jugendschutz, jugendschutz.net, muss mittlerweile jedes Jahr gegen mehrere Tausend Verstöße im Netz vorgehen, insbesondere gewaltverherrlichende Darstellungen, Exekutionsfilme sowie pornografisches Material beanstanden.

Für Kinder und Jugendliche sind Surfen, Mailen, Chatten und das Tummeln in webbasierten sozialen

Netzwerken wie studi- oder schülerVZ bzw. XING beliebte Aktivitäten im Internet. Jugendliche Internetuser fasziniert dabei die spielerische freie, vermeintlich anonyme Kommunikation. Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagogen und Chatbetreiber unterschätzen dabei häufig die Gefahren, die damit einhergehen können, wie etwa der kaum kontrollierbare Zugang zu Gewaltdarstellungen oder der fahrlässige Umgang mit persönlichen Daten in virtuellen Welten.

Auch prognostizierten Medienexperten unlängst, dass es immer schwerer würde, den Sinn des Lernens in der Schule oder in der Universität zu vermitteln, wenn man nach Ansicht der Multimediageneration ohnehin nahezu jede Information in Millisekunden im Netz über Google, Wikipedia oder andere Portale abrufen kann.

Viele Jugendliche nutzen das Internet auch für Einkäufe und sonstige Geschäfte. Die Landesregierung fördert deshalb seit 2008 beispielsweise als eine von vielen Maßnahmen das Projekt Internet-“FinanzFührerschein“. Das Projekt soll Jugendliche fit für Internetgeschäfte machen, denn versteckte Zusatzkosten, minderwertige Produkte oder eine Spamflut sind noch eher die harmlosen Folgen vieler Shoppingtouren. Schlimmer noch sind bezahlte, aber nicht gelieferte Waren, nutzlose Abos mit langfristigen Verpflichtungen oder durch das sogenannte Phishing abgeräumte Konten, also die kriminelle Beschaffung von persönlichen Daten von Internetnutzern über gefälschte Websites.

Beim Internet-“FinanzFührerschein“ lernen Jugendliche deshalb, welche Geschäfte sie im Internet abschließen dürfen und wie ihre gesetzlichen Rechte und Pflichten aussehen. Verantwortung für Mobbing von Mitschülern oder Denunzierung von Lehrern im Internet und Fragen der Haftung von Eltern für Urheberrechtsverletzungen der Schützlinge im Netz sind weitere medienrechtliche Fragen, die derzeit oft die Rechtsprechung beschäftigen. Der Tatort Internet ist global und kaum greifbar.

Uns ist es aus Gründen des Persönlichkeitsschutzrechtes sehr wichtig, dass Menschen im Internet nicht unfreiwillig zu digitalem Freiwild werden. Gezielte Maßnahmen sind oft schwierig, weil es Restriktionen gibt. Es gibt Probleme technischer, rechtlicher und auch praktischer Art, mit bestimmten Anbietern umzugehen. Deshalb ist es aber wichtig, sich trotzdem den Herausforderungen zu stellen. Die Debatte über Access Blocking bei Kinderpornografieseiten und die diesbezüglichen Gutachten des Jugendmedienschutzes zeigen die Notwendigkeit, hier zu handeln. Auch der Landtag wird dazu in Kürze eine Anhörung durchführen.

Im wichtigen Bereich der Nachwuchsförderung sowie der Aus- und Fortbildung im Medienbereich sind die deutlich erhöhten Ansätze für die DEUTSCHEWELLE-AKADEMIE, die internationale filmschule

Köln und auch die Landesschülerpresse zu betonen.

Neben mobilen Mediengeräten wie Handys und deren Anwendungs- und Missbrauchsmöglichkeiten faszinieren die Jugend insbesondere auch Computerspiele. Eine stetig wachsende Zielgruppe sind die sogenannten Female Gamers oder Senior Gamers. Der Trend dehnt sich immer weiter aus und geht zum vernetzten Spielen, als Stichwort sei nur auf „Second Life“ hingewiesen.

Mittlerweile sind Computerspiele zu einem Massenphänomen geworden. In diesem Jahr findet deshalb bekanntlich in Köln die gamescom als Nachfolgeveranstaltung der Leipziger Games Convention statt, der mit 185.000 Besuchern größten Veranstaltung ihrer Art in Europa. Insgesamt 160.000 € werden für die Durchführung eines Kongresses zur Förderung der Qualität von Video- und Computerspielen im Rahmen der gamescom und weiterer Veranstaltungen bereitgestellt.

(Beifall von der FDP)

Ein ganz anderes Thema ist die Breitbandförderung in NRW im ländlichen Raum. Hier haben wir im letzten Jahr Förderprogramme aufgelegt, die es auch vor dem Hintergrund der Breitbandstrategie ermöglichen, neue Impulse zu setzen, zu drahtlosen Lösungen zu kommen und Ansätze fortzuentwickeln.

Beim Thema Rundfunk bewegt sich derzeit alles um den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, den Entwurf der Rundfunkmitteilung der EU-Kommission und die anstehende Novelle des Landesmediengesetzes NRW.

Bei Ersterem muss der WDR-Rundfunkrat die erwartete Unabhängigkeit und die finanzielle Ausstattung des Gremiums für den Drei-Stufen-Test erreichen.

Mit dem vorliegenden Mitteilungsentwurf greift die EU-Kommission sehr weitreichend in den Kernbestand mitgliedstaatlicher Zuständigkeit für Definition und Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dessen Finanzierung ein.

Mit der anstehenden Novelle des Landesmediengesetzes NRW gehen schwierige medienpolitische und auch medienrechtliche Fragen einher, die Ihnen bekannt sind.

Die Digitalisierung des Rundfunks hat in Deutschland zu einer erheblichen Ausweitung des Programmangebotes im Privatfernsehen geführt. Nach einer Übersicht der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in ihrem Jahrbuch von Juni 2008 gab es in Deutschland 149 bundesweite und 226 regionale Privatfernsehsender, außerdem fast 700 Web-TV-Angebote.

In Nordrhein-Westfalen existieren mittlerweile zwölf Veranstalter von regionalen bzw. lokalen Fernseh-

programmen mit Rundfunkzulassung der LfM. Noch vor kurzer Zeit hatten Medienexperten eine solche Entwicklung für unwahrscheinlich gehalten, da sie ökonomisch kaum realisierbar schien.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Andererseits sieht sich der WDR zu erheblichen Einschnitten in allen Bereichen des Hauses veranlasst, da die Intendantin Piel bis zum Jahr 2012 mit einem Fehlbetrag von rund 100 Millionen € rechnet.

Es ist zu befürchten, dass ein großer Teil der kürzlich erst erfolgten Gebührenerhöhungen durch „GEZ-Abmelder“ kompensiert wird. Immer mehr Menschen werden aufgrund ihres geringen Einkommens von der Rundfunkgebühr befreit oder entziehen sich dieser.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Herr Witzel, was machen Sie da? Wir behandeln hier das Thema Haushalt!)

Hinzu kommt, dass zahlreiche Verwaltungsgerichte bislang so geurteilt haben – auch wenn diese Urteile noch nicht abschließend rechtskräftig sind –, dass man unsere Warnung immer berücksichtigen sollte: Keine GEZ fürs Internet; keine doppelte Bezahlung der Rundfunkgebühr.

(Beifall von der FDP – Dem Redner wird erneut das Ende der Redezeit signalisiert.)

Deshalb ist es wichtig – Frau Präsidentin, ich komme damit zu meinen abschließenden Hinweisen –, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Darum bitte ich.

Ralf Witzel (FDP): ... aus dem Automatismus auszubrechen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Schallplatte Witzel!)

dass die Kosten immer erhöht und jedes Jahr mit neuen Rundfunkstaatsverträgen letzten Endes den Rundfunkteilnehmern aufs Auge gedrückt werden.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen uns auch Gedanken über schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk machen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber Sie stimmen doch zu!)

Wir müssen über die Frage nachdenken, wie Kosten eingespart werden können, um die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland zu entlasten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie jetzt bitten, zum Schluss zu kommen.

Ralf Witzel (FDP): Das ist eine zukunftsfähige Frage, der wir uns verstärkt stellen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Keymis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Das war ein Paradebeispiel dafür, dass man dann, wenn man zum eigenen Haushalt gar nichts zu sagen hat, noch einmal das ganze Feld aufblättert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Glückwünsch dazu, Herr Kollege Witzel! Zu einem solchen grundsätzlichen Rundumschlag in Bezug auf die medienpolitischen Themen kann man eine Haushaltsdebatte natürlich nutzen. So etwas würde aber eher aus der Opposition heraus passieren, als dass vonseiten der Koalitionsfraktionen noch einmal dargestellt wird, welche Meinungen man zu bestimmten Fragen vertritt.

Zum Haushalt haben Sie in Ihrem Beitrag jedenfalls nur relativ punktuell Stellung genommen. So ähnlich war es bei Herrn Jarzombek auch. Dafür gibt es auch einen Grund. In der letzten Zeit hat sich eben gar nicht so viel getan. Die große medienpolitische Offensive, mit der vor vielen Jahren einmal gestartet wurde, ist aus Sicht meiner Fraktion heute nicht mehr erkennbar.

Insofern ist es für den Landesmedienminister persönlich sicher gut, wenn er morgen sein Einjähriges im Amt feiert. In Bezug auf die Medienpolitik geschieht allerdings nicht viel. Herr Krautscheid, das hat aber auch mit den vielen Aufgaben zu tun, die Sie sonst noch zu erledigen haben – bis hin zu der Tatsache, dass Sie hier immer noch den Kulturminister ersetzen müssen. Von daher kann man das natürlich auch nur relativ schwer erwarten.

Ein Beispiel ist, dass wir immer noch auf den Entwurf des Landesmediengesetzes warten. Wir kommen zumindest zeitlich nach und nach in Verzug. Wir hatten gedacht, wir hätten im Januar schon etwas vorliegen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Im Dezember!)

Aber Sie sind ja auf dem Wege. Wir sind gespannt, was mit dem zweiten Teilstück dieser Novelle passiert. Das ist Landesmedienpolitik pur und für uns natürlich sehr wichtig.

Auch bezüglich des Umgangs mit der Filmstiftung – Kollege Eumann hat es schon angesprochen – sind wir nach wie vor unglücklich, weil sich aus unserer Sicht genau diese Filmstiftung Nordrhein-Westfalen

GmbH mit ihren Fördermechanismen und ihrer Förderpolitik sehr bewährt hat – auch in der Breite, was die kleinen Programmkinos betrifft, was die Digitalisierung betrifft und was die Filmprojekte selbst betrifft, und zwar sowohl das Breitenfilmangebot als auch das spezielle feuilletonistische Filmangebot. Von dieser Stiftung wird eine große Palette organisiert und mit angestoßen. Von daher stellt sie sozusagen das Juwel unserer Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen dar. Ich finde auch, dass Sie damit bisher nicht so umgehen, dass das deutlich erkennbar würde.

Bei feierlichen Anlässen ist das anders, zuletzt bei der Premiere des berühmten Thomas-Mann-Films „Buddenbrooks“. Sie war natürlich ein Anlass, in Essen zusammenzukommen. Der Bundespräsident, der Ministerpräsident und viele honorige Menschen waren da.

So etwas ersetzt aber keine konsequente Förderpolitik. Ähnlich wie in der Kultur – was wir ja begrüßen – muss man einen gewissen Aufwuchs zeigen, um deutlich zu machen, dass man der gewachsenen Bedeutung des Filmlandes NRW auch gerecht wird. Solche Entscheidungen sind aus meiner Sicht bisher nicht erkennbar.

Den Hinweis auf das 10-Millionen-€-Programm der NRW.BANK halte ich, gelinde gesagt, für nicht weitreichend, weil dieses Instrument nicht mit dem vergleichbar ist, was die Filmstiftung leistet.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Das Thema Mediencluster hat Herr Kollege Eumann noch einmal schön dokumentiert und dargestellt, wie es sich abgespielt hat. Bisher ist noch nicht genau erkennbar, was das eigentlich heißt. Es klingt modern. Meines Wissens ist es Ende der 1990er-/Anfang der 2000er-Jahre auch schon einmal durch diese hohen Hallen gegeistert. Bis heute ist für mich beim Begriff Cluster noch nicht konkret genug erkennbar, worum es am Ende geht.

Die Aufzählung von 300.000 Beschäftigten in diesem Bereich insgesamt finde ich müßig. Dazu gehören auch alle Werbeagenturen, die entsprechenden Druckereien usw. Es geht um den gesamten Bereich Medien und Kommunikation. Das ist natürlich gut. Wir sind auch froh, dass Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle stark dasteht. Mit konkreter Landesmedienpolitik hat das aber nicht so viel zu tun. Hier handelt es sich vielmehr um Entscheidungen, die sich aus anderen Punkten ergeben.

Beispielsweise das Adolf-Grimme-Institut ist bisher überhaupt nicht erwähnt worden – für mich eines der entscheidenden Institute in Bezug auf Medienqualität. Hier könnte man förderpolitisch eine Menge auf den Weg bringen.

Das Thema Medienkompetenz hat Herr Kollege Witzel in seinem Beitrag im Zusammenhang mit Jugendmedienschutz und anderen Fragen einige

Male gestreift. Es ist aber doch schade – das bedaure ich nach wie vor –, dass wir hier im Landtag nicht gemeinsam eine Veranstaltung wie den „Tag der Medienkompetenz“ auf die Beine gestellt bekommen. Damit fehlt ein Instrument, um zu zeigen, was im Land geleistet wurde, geleistet wird und hoffentlich auch weiterhin geleistet werden kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist schade, dass Ihrerseits keine Initiative dazu erkennbar ist.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen. Ich will mich jetzt etwas kürzer fassen, weil die Zeit voranschreitet. Wenn ich gleich dort oben sitze, werde ich auch mahnen, kürzer zu reden. Deswegen bin ich gleich am Ende meiner Ausführungen. Ein Beispiel will ich aber noch geben.

Das Thema Bürgerfunk steht vielen Leuten, die sich da engagieren, bis zum Halse. Und es ist nach wie vor nicht erkennbar, wie sich das Thema „Offene Kanäle“ aufgrund der neuen gesetzlichen Bestimmungen aus der Novelle Teil eins entwickelt. Hier wurde durch Ihre Gesetzesänderung ein Stück Breitenmedienpolitik zerschlagen, was ich sehr bedaure. Die reine Konzentrierung des Ganzen auf Schul- und Bildungsangebote in diesem Bereich macht es dem Bürgerfunkern, ehrlich gesagt, nicht leichter. Das Stück Demokratiegewinn, das damit einmal verbunden war

(Ralf Witzel [FDP]: Das hebt die Qualität!)

und immer noch zu verbinden wäre, ist meiner Ansicht nach verloren gegangen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf den Beitrag des Medienministers, der morgen nicht biologisch ein Jahr alt wird, aber ein Jahr im Amt ist. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Krautscheid das Wort.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne auf einige Debattenpunkte eingehen, aber auch vieles von dem streifen, was alles in dieser Haushaltsberatung bisher keine Berücksichtigung gefunden hat.

Herr Eumann, ich war echt enttäuscht. Man kann ja – das passiert mir auch – einmal eine schlechte Rede halten, aber so eine lustlose Darbietung eines einzigen Themas

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

von hundert, die im Haushalt drin sind: Da ist in der Medienpolitik im Moment mehr los, da wird auch mehr von Ihnen erwartet.

Ich fange mit einem Thema an, das Sie offenbar überhaupt noch nicht auf dem Radar haben, das seit dem letzten Jahr aber ein großer Teil dieses Etats geworden ist, nämlich der Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie. Das ist ein wichtiges Kernelement des Konvergenzstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie reden immer nur über den Wettbewerb zum Thema Medien.

Es gibt einen zweiten Wettbewerb bei mir – der ist Ihnen noch gar nicht aufgefallen –, dotiert mit 13 Millionen €. Die Jury hat längst entschieden. Die Mittel werden umgesetzt. Da geht es um neue Software und Telekommunikationstechnologie, Unterstützung regionaler Breitbandstrategie. Das IKT-Cluster funktioniert, hat einen Manager, arbeitet, macht Beratungsarbeit und setzt Projekte um. Das ist Ihnen überhaupt noch nicht aufgefallen, ist es aber allemal wert, berücksichtigt zu werden.

Stichwort Breitbandstrategie: Wir arbeiten zurzeit daran – die Bundesregierung hat das zum Teil anders gesehen –, das Thema Breitbandausbau insbesondere im ländlichen Raum in das Konjunkturpaket des Bundes überhaupt einführen zu können. Wir haben – ich zahle gern die 200.000 € aus meinem Etat für Personal und Sachleistungen – eine neue Beratungsstelle für Kommunen bei der Fachhochschule in Meschede eingerichtet, die unser Pilotprojekt erfolgreich durchgeführt hat. Dort können sich Kommunen mit Rat und Tat versorgen bei der Frage, wie sie Breitband vor Ort umsetzen – ein neuer, wichtiger Mosaikstein.

Zum Thema Cluster-Politik und Kofinanzierungsmittel: Da muss man sich überlegen, was man will. Morgens beschweren Sie sich bei der Wirtschaftsministerin, die Mittel müssten schneller abfließen. Nachmittags wollen Sie bei mir in meinem Haushalt den größten Teil der erforderlichen Kofinanzierungsmittel streichen, ohne die kein einziger Euro herausgehen kann. Sie müssen sich überlegen, ob Sie die Förderung wollen. Wenn Sie sie wollen, dann müssen Sie die Kofinanzierungsmittel drin lassen. Wenn Sie sie nicht wollen, dürfen Sie sich bei Frau Thoben leider nicht beschweren.

Was den Wettbewerb im Medienbereich angeht – auch da hilft Sachkenntnis weiter –: Die Ausschreibung ist gelaufen. Es haben sich über 70 Projektpartner, Unternehmen, Hochschulen um diese Mittel beworben. Die Jury tagt morgen. Dann werden die entsprechenden Gewinner veröffentlicht und werden diese ihr Geld möglichst schnell bekommen.

Wer sich mit Vertretern der Branche unterhält und hört, wie viel Begeisterung dieser Wettbewerb in der Medienbranche ausgelöst hat, der kann zu dem Medienwettbewerb nur sagen: Eumann mault, die Branche macht mit. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, das mir wichtig ist, ein Thema, das für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen extrem wichtig ist, auch das hat leider bisher noch keine Rolle gespielt: die Ausbildung und Fortbildung im Medienbereich. Wir haben einige wichtige Elemente neu in den Haushalt aufgenommen. Wir verstärken zum Beispiel unseren Ansatz für den Master-Studiengang an der Deutschen-Welle-Akademie in Bonn, wo, Gott sei Dank, dieser Master-Studiengang zusammen mit der Fachhochschule Bonn/Rhein/Sieg und der Universität Bonn zustande gekommen ist und wo Journalistinnen und Journalisten, Techniker und Manager aus Entwicklungsländern weitergebildet werden. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur Ausbildung am Standort Nordrhein-Westfalen.

Wir stärken die Mittel für die internationale filmschule. Ich freue mich, dass heute Abend ein weiterer Mosaikstein dazu kommt. Wir werden gleich den neuen Studiengang Medienwirtschaft an der Fachhochschule in Köln eröffnen. Wir arbeiten an einem Konzept für die neue Kameraausbildung in Nachfolge der Ausbildung in Dortmund. Auch bei den Cluster-Wettbewerben wird es morgen sicherlich die eine oder andere Idee zum Thema Ausbildung geben. Also: Bei diesem Thema sind wir allemal dabei.

Jetzt komme ich zu dem Thema, das am meisten strapaziert worden ist, weil es am einfachsten ist, nämlich zu der Jammerei über die Frage: Warum bekommt die Filmstiftung nicht mehr?

Meine Damen und Herren, wer sich ein wenig mit dem Thema Filmfinanzierung beschäftigt, das komplexer ist, als nur zu fordern, der Filmstiftung eine Million mehr zu geben, wer sich ein bisschen mit Unternehmern, Filmproduzenten und Drehbuchautoren und Stoffentwicklern in Nordrhein-Westfalen unterhält, der weiß, dass wir mehr tun müssen, als nur zu fordern, der Filmstiftung mehr zu geben.

Wir tun das dieses Jahr im bescheidenen Rahmen, zum ersten Mal wieder. Die Filmstiftung wird zusammen mit unserem erhöhten Beitrag und den zusätzlichen Mitteln aus der Gebührenerhöhung, die der WDR durchreicht, in diesem Jahr 1 Million mehr zur Verfügung haben. Wir erhöhen die Verpflichtungsermächtigungen um eine weitere Million. Das ist schon einiges.

Aber, meine Damen und Herren, eine Sache, die Sie vor einigen Monaten noch belächelt haben, nämlich die Gap-Finanzierung der NRW.BANK, die wir aufgesetzt haben, hat – sage und schreibe – im letzten Jahr bereits 10 Millionen € für Filmproduktionen in Nordrhein-Westfalen ausgereicht.

(Beifall von der CDU)

Wir haben im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen fast 1.000 Drehtage für Filme gehabt, die große Erfolge waren. Ich nenne einige: „Krabat“, „Palermo Shoo-

ting“ von Wim Wenders, „Geliebte Clara“, die Weltpremiere von „Buddenbrooks“, in Berlin nächste Woche 20 aus Nordrhein-Westfalen stammende und von Nordrhein-Westfalen geförderte Filme im Programm, sechs insgesamt im Kernwettbewerb der Berlinale und – Sie haben es eben schon gehört – sechs Oscar-Nominierungen für Produktionen aus Nordrhein-Westfalen. Das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Kate Winslet „Der Vorleser“ in Nordrhein-Westfalen dreht, wenn Michelle Pfeiffer „Chéri“ dreht, wenn Lars von Trier in Nordrhein-Westfalen arbeitet, dann sind das Erfolge für den Kinostandort. Ich danke ausdrücklich der Filmstiftung für ihre erfolgreiche Arbeit. Nordrhein-Westfalen ist auf dem besten Weg, zu einem tollen Kinoland zu werden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, das mir in diesen Tagen wichtig ist und zu dem ich eine kleine Ankündigung machen kann: Sie alle bekommen auch in Ihren Heimatregionen und Wahlkreisen die Diskussion über die Zukunft der Zeitungen mit. Sie wissen, die Zeitungen, die Verleger kommen auf zweierlei Weise unter Druck. Das eine ist der Rückgang bei den Abos und in der Auflage. Das andere ist der Druck, der nun durch den Rückgang der Werbeanzeigen aufgrund der ökonomischen Krise hinzukommt.

Meine Damen und Herren, wir werden mit einem gemeinsamen Paket versuchen, einen kleinen Beitrag für mehr Attraktivität, für mehr wirtschaftlichen Erfolg von Verlegern und Zeitungsmachern in Nordrhein-Westfalen zu leisten. Wir werden in der ersten Februarwoche – in Berlin nennt man so etwas „Printgipfel“ oder „Zeitungsgipfel“; ich bin da etwas bescheidener – zu einem Gespräch zwischen dem Medienminister, der Wirtschaftsministerin, der Schulministerin, dem Kulturstaatssekretär und den Verlegervertretern in Nordrhein-Westfalen zusammenkommen, um ein nordrhein-westfälisches Paket für unsere Zeitungen zu schnüren. Wir sind an ihrem Erfolg höchst interessiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen sind wir auch ein bisschen stolz darauf, dass in dieser Zeit der Krise ein Kölner Verleger in bester unternehmerischer Art und Weise eine sehr mutige Entscheidung getroffen hat. Ich meine Prof. Alfred Neven DuMont und seinen Entschluss, den Berliner Verlag zu kaufen. Das ist in diesen Zeiten ein hohes Risiko, aber es ist ein Verleger, der dieses Risiko eingeht. Meine Damen und Herren, Sie alle haben mitbekommen: Der englische Unternehmer Montgomery zieht sich aus Deutschland zurück, nachdem er diesen Verlag wie eine Weihnachtsgans ausgenommen hat. Wir sind froh, dass jetzt ein Verleger aus Nordrhein-Westfalen das Sagen haben wird. Meine Damen und Herren, Heu-

schrecken sind schlechte Zeitungsmacher. Das hat sich in diesem Fall wieder einmal erwiesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, Sie haben es eben gehört: Kollege Eumann ist sicherlich ein guter Medientheoretiker. Ich versuche mich als Medienpraktiker. Ich bin nun ein Jahr im Amt und ein bisschen stolz auf all das, was wir angestoßen haben.

(Zuruf von der SPD: Sie sind ein guter Schauspieler!)

Ich bleibe dabei: Es sind in den letzten Monaten großartige Erfolge zu verzeichnen gewesen. Wir haben die gamescom nach Köln geholt. Wir machen einen begleitenden Kongress. Wir haben über 10 Millionen € für die Förderwettbewerbe zusätzlich im Rennen. Wir haben den Deutschen Kurzfilmpreis nach Nordrhein-Westfalen geholt. Wir haben die German Film Previews von München nach Nordrhein-Westfalen geholt. Wir haben – das darf ich noch nicht im Detail sagen – eine deutliche Erweiterung des Angebotsspektrums für das Medienforum mit einer weiteren Überraschung. Und, meine Damen und Herren, das neue Landesmediengesetz steht ebenfalls vor seinem Abschluss.

Deswegen kann ich nur sagen: Ich glaube, dass die Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt ist, wenn man sie breit anlegt und die Branche mitzieht. Die Branche zieht mit. Das zeigt zum Beispiel auch, dass der Medienminister vor Kurzem zum Mitglied der International Emmy Academy in New York ernannt worden ist. Es wird also registriert, dass wir etwas tun. Die Branche ist erfolgreich, und die Landesregierung wird alles tun, um sie dabei zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Teilbereich nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung zum Einzelplan 02 sind und zur Abstimmung kommen können.

Ich lasse abstimmen über die Änderungsanträge entsprechend der Übersicht und dabei zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8379**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind SPD und Grüne. Wer dagegen ist, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind CDU und FDP. Der Kollege Sagel ist nicht anwesend. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8380** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind SPD und Grüne. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD bei Nichtanwesenheit des Herrn Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8381** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind Grüne und SPD. Gegenstimmen? – Das sind CDU und FDP. Nicht anwesend ist der Abgeordnete Sagel. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8382 – Neudruck** – auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Votum per Handaufzeigen bitten. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer dagegen stimmen möchte, möge das bitte jetzt deutlich machen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Abwesenheit des Herrn Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8383 – Neudruck** – auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge mit der Hand aufzeigen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8384** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge mit der Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8385** auf. Wer dem zustimmen möchte, der möge mit der Hand aufzeigen. – Das sind SPD und Grüne. Wer möchte dem Antrag nicht zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8386** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge mit der Hand aufzeigen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Gegenprobe! – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8387** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei immer noch andauernder Abwesenheit des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8388** auf. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/8389** auf. Wer diesem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8390** auf. Wer diesem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8391** auf. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8392** auf. Auch hier darf ich um Ihr Votum bitten, wer dem Antrag zustimmen möchte. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8393** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. – Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8394** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8395** auf. Wer diesem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. – Damit hat auch dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8396** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit hat auch dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8397** auf. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte ihm nicht zustimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende der Abstimmung über die Änderungsanträge zum Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8002**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Wer stimmt dem nicht zu? – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Sagel hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil er nicht im Raume ist. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 02 beschlossen**.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir kommen zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8006 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ihnen als Tischvorlage vorliegen.

Ich eröffne die Beratung Frau Kollegin Dr. Boos für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Boos.

Dr. Anna Boos (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsentwurf zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie steht in